

# Mitteilungen der Deutsch - Brasilianischen Juristenvereinigung

WWW.DBJV.DE

**Heft 1 / 2006 (24. Jahrgang)  
Juni 2006**

## **Inhalt**

<b>Bericht der Jahrestagung 2005 in Potsdam (Dr. Matthias Hatard).....</b>	<b>1</b>
<b>Vorankündigung der Jahrestagung 2006.....</b>	<b>11</b>
<b>O Ensino Jurídico no Brasil (Prof. Dr. Wanderlei de Paula Barreto e Luciany Michelli Pereira dos Santos).....</b>	<b>12</b>
<b>Die Reform der Juristenausbildung in der Bundesrepublik Deutschland aus einer Frankfurter Perspektive (Dr. Renata Martins, LL.M. und Eva Bettina Messer, M.C.J.).</b>	<b>23</b>
<b>Nachruf: Professor Miguel Reale gestorben (Prof. Prof. h.c. Dr. Wolf Paul).....</b>	<b>33</b>
<b>Neues Schrifttum zum brasilianischen Recht (Andreas Grünewald).....</b>	<b>34</b>

# Impressum

---

## **Herausgeber:**

### **Deutsch-Brasilianische Juristenvereinigung e.V.**

Vereinsregister Nr. 8076,

Bankkonto: Deutsche Bank Essen, Nr. 1312487, BLZ 36070050

## **Vorstand:**

Rechtsanwalt Dr. Jan Curschmann, Vorsitzender, c/o Taylor Wessing,  
Hanseatic Trade Centre, Am Sandtorkai 41, 20457 Hamburg;

Prof. Dr. Wolf Paul, Feldbergstraße 96 d, 61398 Schmitten;

Rechtsanwältin Gisela Puschmann, c/o Puschmann & Veiga, Lurgiallee 6-8,  
60439 Frankfurt am Main

Rechtsanwalt Andreas Sanden, c/o Zilveti e Sanden Advogados Associados,  
Av. Paulista, 1.499 – 20º andar, 01311-928 São Paulo – SP / Brasilien;

Rechtsanwältin Irene Haagen, Hinterm Gericht 23, 93183 Kallmünz

## **Sekretariat:**

Rechtsanwältin Gisela Puschmann, c/o Puschmann & Veiga, Lurgiallee 6-8,  
60439 Frankfurt am Main, e-Mail: [info@dbjv.de](mailto:info@dbjv.de)

---

## **Redaktion der Mitteilungen:**

Rechtsanwalt Bernhard Lippsmeier, LL.M.,

Tel.: 069 – 269588-52, Fax: 069 – 269588-50, e-mail: [redaktion@dbjv.de](mailto:redaktion@dbjv.de)

e-Mail der Redaktion: [redaktion@dbjv.de](mailto:redaktion@dbjv.de);

Die DBJV im Internet: [www.dbjv.de](http://www.dbjv.de)

Die Deutsch-Brasilianische Juristenvereinigung ist gemeinnütziger Verein im Sinne der §§ 52 ff. AO mit dem Ziel, die bilaterale Kooperation auf juristischer und wissenschaftlicher Ebene zu fördern.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der Autoren und des Herausgebers.

## **Anwaltsberuf im Umbruch – Tendenzen in Deutschland und Brasilien**

### **Bericht von der XXIV. Jahrestagung der Deutsch- Brasilianischen Juristenvereinigung in Potsdam**

**Dr. Matthias Hartard\***

---

#### **I. VORBEMERKUNGEN**

Die jährliche Tagung der DBJV fand in Potsdam vom 17.11. bis 20.11.2005 zum 24. Mal statt. Tagungsort war das architektonisch interessante Haus der Brandenburgisch Preußischen Geschichte. Wolf Paul, hat das Thema der Tagung „Anwaltsberuf im Umbruch Tendenzen in Deutschland und Brasilien“ in der Ankündigung ausführlich skizziert. Die Tagung sollte den Teilnehmern das Erscheinungsbild, die Hintergründe hierzu und die aktuellen Entwicklungen der Anwaltschaft in Deutschland und Brasilien näher bringen. Dies ist durch die hervorragenden und lebhaften Vorträge sowie die Beiträge und Fragen einer Vielzahl von Teilnehmern der Tagung gelungen. Im Rahmen des sich anschließenden Round-Table-Gesprächs unter Moderation von Dr. Jan Curschmann, konnte das gewonnene Bild abgerundet und resümiert werden. Für viele interessante Detailfragen stand leider nicht genügend Zeit zur

Verfügung, aber dennoch konnten alle Teilnehmer am Sonntag, um viele Eindrücke und Anregungen bereichert, abreisen.

Die örtliche Organisation hatte das Mitglied Dr. Hartmut Emanuel Kayser übernommen. Er wurde dabei tatkräftig von unserem Vorstandsmitglied Frau Gisela Puschmann unterstützt. Der Begrüßungsabend begann am Donnerstag im Krongut Bornstedt. In Anwesenheit des Brasilianischen Botschafters Luiz Felipe de Seixas Corrêa und der Brandenburgischen Justizministerin Beate Blechinger eröffnete Dr. Jan Curschmann offiziell die Jahrestagung. Daran schlossen sich die Grußworte der beiden Genannten an.

Am Ende des ersten Vortragstages fand ein gemeinsames festliches Abendessen im Schlosshotel Cecilienhof statt. Der Cecilienhof ist der letzte Schlossbau der Hohenzollern und Deutschlands. Er wurde 1945 von den Sowjets zum Tagungsort des Potsdamer Abkommens bestimmt. Er ist Teil des kulturellen Erbes der Menschheit (Nr.

---

\* Dr. Matthias Hartard ist Partner in der Sozietät Goretzki & Hartard, Offenbach am Main

531 der Liste der UNESCO). Vor diesem historisch einmaligem Hintergrund konnte dieser Tag einen gut gelaunten Ausklang finden. Nach den Vorträgen am Samstag fand eine Führung mit Besichtigung des Schlosses Sanssouci statt. Am Samstagabend folgte eine ebenbürtige Veranstaltung im Schloss Glienicke in der Nähe der Glienicker Brücke. Nach einem hervorragenden Abendessen konnte bei brasilianischer Livemusik getanzt werden. Am Sonntag folgte dann die Mitgliederversammlung.

## II. VORTRÄGE

**Freitag 18.11.2005**

### **1. História da Advocacia no Brasil - Sergio Servulo da Cunha<sup>1</sup>**

Mit Sergio Servulo da Cunha Fachwissen und Ausstrahlung war der erste Vortrag bereits ein glänzender Beginn der Tagung. Sergio da Cunha ist Rechtsanwalt in Santos und war Kabinettschef des Justizministers von 2003 bis April 2004. Sergio wies auf die römisch-rechtlichen Quellen des Brasilianischen und des Deutschen Rechts hin. Beide Staaten haben föderativ verursacht ähnliche Strukturen. Durch den portugiesischen Einfluss waren die Rechtsanwälte bis zum

Beginn der Republik 1889 nicht unabhängig. 1827 wurden die erste juristischen Fakultäten in Olinda und São Paulo gegründet. 1843 folgte das IAB (Instituto dos Advogados Brasileiros). In Folge der Revolution von 1930 wurde der OAB (Ordem dos Advogados Brasileiros) gegründet.

Mit der neuen Verfassung von 1988 begann die aktuelle Phase. Mit Artikel 133 erhielten die Rechtsanwälte einen eigenen Status in der Verfassung. Artikel 134 der Verfassung von 1988 garantiert die „defensoria publica“, die Finanzierung des Rechtsbeistandes für Bedürftige. In São Paulo ist die Verwirklichung bis heute praktisch nicht erfolgt. Die Anwaltsanwesenheit wurde für Kleinverfahren (pequenas causas) bei weniger als 20 Mindestgehältern Streitwert in jurados especiais abgeschafft, obwohl die Verfassung in Artikel 133 I die klare Aussage enthält:

„O advogado é indispensável à administração da justiça, sendo inviolável por seus atos e manifestações no exercício da profissão, nos limites da lei.“

Die Anwaltschaft in Brasilien ist eine urbane. In den Städten sind die meisten Rechtsanwälte zugelassen. So muss man unter dem Gesichtspunkt der Justizgewährung das brasilianische Volk in zwei Teile spalten. Der Teil der Bevölkerung mit der „perspectiva do poder“ und der andere Teil mit der „perspectiva do vivente“ Die Rechtsanwälte sind Bestandteil der „perspectiva do poder“. Sie gehören zu dem Teil der Bevölkerung, der über eine Ausbil-

---

<sup>1</sup> Der Vortrag von Sergio Servulo da Cunha lag nicht vor. Es handelt sich um eine Zusammenfassung aus der Erinnerung.

dung verfügt, ein Bankkonto hat oder auch über eine Kreditkarte verfügt.

Sergio wies eindringlich darauf hin, dass es die Aufgabe ist, die Integration des Teils der Bevölkerung zu erreichen, der der „perspectiva do vivente“ zugehört. Insbesondere ist es eine Aufgabe der Rechtsanwaltschaft zur Integration der schwarzen und indigenen Bevölkerung beizutragen.

## **2. Die Geschichte des Anwaltsberufs in Deutschland - Privatdozent Dr. Bernd Kannowski<sup>2</sup>**

Den deutschen Part der geschichtlichen Entwicklung des Anwaltsberufes referierte Privatdozent Dr. Bernd Kannowski. Die Geschichte des Anwaltsberufs beginnt in Deutschland nicht erst mit dem Beginn Deutschlands als Nationalstaat 1871. So wie Deutschland aus einem Verbund einzelner Länder bestand, waren Rechtssystem und Justizorganisation regional unterschiedlich. Während in der Zeit des Mittelalters noch die Trennung zwischen der Tätigkeit eines Advokaten (studierter Jurist) und der des Prokurators (Bevollmächtigter zur Prozessvertretung) zu verzeichnen ist, verlor diese im Laufe des 18. Jahrhunderts an Bedeutung, war aber bis in das 19. Jahrhundert präsent. Der preußische Staat verein-

heitlichte und zentralisierte im 18. Jahrhundert aus finanziellen Gründen den Herrschafts- und Justizapparat. Friedrich Wilhelm I, der Soldatenkönig, war kein Freund der Anwaltschaft. Er zwang 1817 die Anwälte, den „Advokatenmantel“ zu tragen, um die „Spitzbuben“ schon von weitem erkenntlich zum machen. Er kürzte die Zahl der zugelassenen Anwälte auf ein Drittel, die Gebühren auf ein Viertel. Sein Sohn, Friedrich der Große setzte die Entwicklung fort. Er wollte das Rechts so vereinfachen, dass es keinen Streit mehr geben sollte. Er dachte auch daran, die Advokatur ganz abzuschaffen. Er tat dies zwar nicht, wandelte aber die Advokatur zum verbeamteten Vollberuf um. Die Anwälte sollten auch Gehilfe des Gerichts sein. Diese kurze Verstaatlichung, die nicht lange dauerte, prägte dennoch die weitere einheitliche Ausbildung. Anwälte gehören nah der preußischen Beamten-schaft stehend zur Bildungselite. 1815 auf dem Wiener Kongress erhält Europa eine neue Ordnung. Die deutschen Länder schließen sich zusammen und die Anwälte sind bestrebt, sich überregional zusammenzuschließen. Die ersten Anwaltstage fanden in Hamburg 1846/1847 statt. Die Anwaltschaft war stark bei der Ausarbeitung der gesamtdeutschen Verfassung 1848 in der Paulskirche beteiligt, da sie es auch als ihre Aufgabe ansah, Anwälte der Allgemeinheit zu sein. Mitte des 19. Jahrhunderts kam es zur Liberalisierung der Anwaltsstruktur. Am 25.8.1971 wurde in Bamberg der Deutsche Anwaltsverein (DAV) gegründet. Am 23 Mai 1878 nahm

---

<sup>2</sup> Dr. Bernd Kannowski ist Rechtsanwalt und als Privatdozent an der Universität Frankfurt, insbesondere in Rechtsgeschichte lehrend.

der Reichstag mit großer Mehrheit die Reichsanwaltschaftsordnung an. Sie gab der deutschen Anwaltschaft eine Form, die sich in Grundzügen bis heute erhalten hat. Die Zweiteilung in Schriftsattersteller und Prozessbevollmächtigter ist aufgehoben. Der Rechtsanwalt wird zugelassen, ist aber kein Beamter oder Staatsdiener. Die Zulassung setzt die Befähigung zum Richteramt voraus, einen numerus clausus für Rechtsanwälte gibt es nicht. Die Zulassung erfolgt bei einem bestimmten Gericht. Alle in einem OLG-Bezirk zugelassenen Anwälte sind zu einer Kammer zusammengeschlossen nur die Rechtsanwaltschaft am höchsten deutschen Gericht, dem Reichsgericht, ist nicht freigegeben.

Die nationalsozialistische Herrschaft stellt einen deutlichen Einschnitt in der Geschichte der Anwaltschaft dar. Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 brachte sehr schnell ein Ende der freien Anwaltschaft mit sich. Im Allgemeinen lässt sich sagen, dass der Widerstand in Justiz und Anwaltschaft gegen den Nationalsozialismus gering war. Die Diskriminierung von Juden stieß kaum auf Widerstände. Nach der Kapitulation wurden im Westen zur Deckung des großen Bedarfs auch Anwälte zugelassen, die Parteimitglied waren. Im Osten war man insoweit konsequenter, musste aber Laien nach einem Kurzlehrgang zulassen. Als 1989 die Mauer fiel, standen den etwa 55.000 Anwälten aus der alten Bundesrepublik nur noch 600 Kollegen aus der DDR

gegenüber. Anwälte in der DDR hatten die politische Aufgabe, die Massen zu mobilisieren. Im Westen gab es in jeder Besatzungszone ein unterschiedliches Anwaltsrecht. Am 1.8.1959 trat die Bundesrechtsanwaltschaftsordnung (BRAO) in Kraft, die mit Änderungen bis heute gilt. Die jüngste Anwaltsgeschichte im geteilten Deutschland ist maßgeblich von einem massiven Anwachsen der Anwaltszahlen gekennzeichnet. Es beginnt mit der neuen BRAO 1994 eine Liberalisierung des Berufs, durch Wegfall des Werbeverbots, Gründung von Kapitalgesellschaften, im Jahre 2000 entfällt die Beschränkung der Postulationsfähigkeit bei einem Landgericht und 2001 wird die Singularzulassung beim OLG aufgehoben. Fachanwaltschaften werden eingeführt. Die Abrechnung nach Stundensätzen breitet sich aus sowie der Zusammenschluss zu großen Sozietäten nach amerikanischem Vorbild.

Was die Geschichte des Anwaltsberufs bis heute durchzieht ist die Dichotomie zwischen Organ der Rechtspflege und Privatunternehmen. Die Frage, ob ein Anwalt Organ der Justiz oder Dienstleister ist, scheint offener denn je.

### **3. Função, trabalho e futuro do advogado brasileiro sob a perspectiva da etica profissional - Dr. Carlos Roberto Mateucci<sup>3</sup>**

Die berufsrechtlichen Regeln für

---

<sup>3</sup> Carlos Roberto Mateucci ist Rechtsanwalt in São Paulo.

Rechtsanwälte befinden sich in Brasilien in der Verfassung und im Gesetz (Nr. 8.906 vom 4.7.1994). In jedem Bundesstaat vertritt die OAB (Organização dos Advogados Brasileiros) die Interessen der Rechtsanwälte. Die OAB regelt den Zugang zur Anwaltschaft und überwacht die Berufsausübung. Historisch gesehen steht die OAB auch für gesellschaftliche und soziale Bewegungen in Brasilien. In Brasilien gibt es ca. 550.000 Rechtsanwälte bei einer Einwohnerzahl von 189 Millionen. Die meisten Rechtsanwälte arbeiten als Einzelanwälte oder in kleinen Büros mit bis zu fünf Kollegen. Die Konkurrenz ist sehr groß. Auf Grund der starken Zugangskontrolle zur Anwaltschaft durch die OAB ist gewährleistet, dass die Qualität der Zugelassenen auf einem vernünftigen Niveau befindlich ist. In 2005 haben nur 18,32 % der Bewerber die Zulassungsprüfung bestanden.

Werbung ist den Rechtsanwälten in Brasilien grundsätzlich erlaubt. Sie muss mäßig sein, diskret mit reinem Informationscharakter. Bei der Werbung dürfen keine zusätzlichen Informationen enthalten sein, wie die Angaben einer öffentlichen Funktion, Symbole, Preislisten oder die Werbung mit anderen Mandanten. Untersagt sind die Begleichung von Honorarforderungen mittels Kreditkarte oder die Beantwortung von online – Anfragen, wenn zuvor keine beruflichen Beziehung bestand. Die Nutzung von Logos durch Anwaltsgesellschaften ist zulässig, wenn sie in diskreter Form erfolgt, mit den Anfangsbuchstaben

der Gesellschafter zur Unterscheidung von anderen Anwaltsgesellschaften.

Ausländische Rechtsanwälte dürfen in Brasilien nicht im brasilianischen Recht beraten, sondern nur im eigenen Recht. Es sind unter anderem eine Zulassung bei der OAB und eine Ursprungszulassung erforderlich. Erforderlich ist weiterhin eine Aufenthaltsgenehmigung und ein Führungszeugnis des Ursprungslandes und Empfehlungsschreiben von drei brasilianischen Rechtsanwälten. Es muss nachgewiesen werden, dass keine Vorstrafen vorliegen. Die Zulassung setzt zuletzt voraus, dass die Gegenseitigkeit nachgewiesen wird.

#### **4. Gegenwartsanalyse und Zukunftsperspektiven des Anwaltsberufes in Deutschland - Prof. Dr. Hans Jürgen Rabe<sup>4</sup>**

Prof. Rabe erläuterte die Faktoren, die den Wandel des Anwaltsberufes verursachen, wie Verrechtlichung aller Lebensbereiche, wachsende Reglementierung durch den Staat, Vollendung des Binnenmarktes, kontinentüberschreitende Dimension von Handel und Gewerbe sowie den Weg vom Standesrechts des Anwalts zum Berufsrecht. Die Anpassung an diese geänderten Faktoren ist spät erfolgt. Anwälte fühlten sich durch das Rechtsberatungsgesetz und Lokalisierungsgebot abgeschottet. Prof. Rabe und andere

---

<sup>4</sup> Prof. Dr. Hans-Jürgen Rabe ist Rechtsanwalt in Hamburg.

Kollegen, wie Oppenhoff, haben bereits ca. 1970 die Entwicklung vorhergesagt. Ein wesentlicher Grund für die Veränderungen ist zudem der Wettbewerb der Anwälte untereinander, der Wettbewerb gegenüber den Anwälten von anderen beratenden Berufen und Banken sowie durch ausländische Kollegen. Bis zu dem Reynes-Urteil 1974 glaubten die deutschen Rechtsanwälte ausländische Konkurrenz gebe es nicht, weil sie mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden seien. Es folgte die Dienstleistungsrichtlinie von 1977. Für die notwendigen Änderungen bedurfte es oft gerichtlicher Hilfe. 1987 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass dem Sachlichkeitsgebot und dem Werbeverbot wegen Artikel 12 Grundgesetz (GG) Schranken entgegenstehen. Damit begann die Entwicklung eines neuen Berufsrechts. 1989 stellte der Bundesgerichtshof die Zulässigkeit der überörtlichen Sozietät, das Bayerische Oberste Landesgericht 1995 die Zulässigkeit der Anwalts-GmbH und 2000 die der Anwalts-AG fest. Die Zahl der Einzelanwälte nimmt auch wegen des Partnerschaftsgesetzes ab. Immer mehr Anwälte kooperieren, um der notwendigen Spezialisierung gerecht zu werden. Anders ist die Entwicklung bei den internationalen Sozietäten, die in der Presse größeres Augenmerk erhalten. Auf einen Partner kommen mehr angestellte Anwälte ohne Aussicht auf eine Partnerschaft. Diese großen insbesondere amerikanischen Büros sehen sich nicht zwingend als Teil der Anwaltschaft. Zum Schutz der Interessen der Anwalt-

schaft wäre es wünschenswert, wenn sich auch die Großkanzleien mehr an der berufsständischen Arbeit beteiligen würden.

Obwohl der Eindruck entstehen könnte, dass die Anwaltschaft gespalten ist, bestehen noch hinreichende Gemeinsamkeiten. Auch früher bestanden innerhalb der Anwaltschaft große Unterschiede zwischen Hamburger oder Berliner Sozietäten und vielen Einzelanwälten. Heute sind die Unterschiede ausgeprägter, aber die Gemeinsamkeiten bestehen weiter: Unabhängigkeit, Berufsverschwiegenheit, Vorrang der Mandateninteressen, Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen, Mitverantwortung für die Rechtspflege und Kollegialität. Zur Sicherung des Berufsstandes müssen sich alle Rechtsanwälte dessen bewusst sein.

Die große Zahl der Berufsanfänger (2005: 135000 Neuzulassungen) führt zu einem Absinken der Qualität, da die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schlecht sind. 14% der Berufsanfänger unter 39 Jahren geben ihre Zulassung zurück. Zudem erfolgt häufig Rechtsberatung von Nichtanwälten, so dass man durchaus von einer Krise der Anwaltschaft sprechen kann. Dennoch besteht Hoffnung. Rechtsberatung bleibt notwendig. Durch Spezialisierung, Fortbildung und Fachanwaltschaft sowie Leistungsbereitschaft und die professionelle Vermittlung der Leistung ist ein Bestehen am Markt möglich.

## **5. Chances e desafios dos advogados brasileiros com atuação internacional**

**- Dr. Horacio Bernardes Neto<sup>5</sup>**

Horacio Bernardes Neto stellte die CESA vor, das Studienzentrum der Anwaltsgesellschaften in Brasilien. Er erläuterte, dass in Brasilien die meisten Kollegen alleine tätig sind. Hinsichtlich der Entwicklung zu großen Sozietäten ist Brasilien noch weit hinter Deutschland und hat dadurch den Vorteil, von Deutschland lernen zu können.

Horacio stellte fest, dass die Anwaltschaft, die dem romanischen Rechtskreis angehört die Schlacht gegen die common law - Sozietäten verloren hätte. Nach seiner Erfahrung wird auch in Verträgen zwischen Brasilianern häufig das Recht des Staates New York vereinbart. Diese Entwicklung sieht er als historisch bedingt, da der Anwaltsberuf im romanischen Rechtskreis eher bei der Verwaltung angesiedelt werden müsse. Die Differenzierung der beiden Rechtskreise gewinnt Bedeutung vor dem Hintergrund der anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht. Während im anglo-amerikanischen Rechtskreis die Verschwiegenheitspflicht eine pure vertragliche Pflicht im Verhältnis Anwalt - Mandant darstellt, von der Befreiung erteilt werden kann, hat sie im romanischen Rechtskreis eine Bedeutung der öffentlichen Ord-

nung, die über dem Verhältnis Anwalt - Mandant steht. Immer mehr internationale Sozietäten des anglo-amerikanischen Rechtskreises drängen auf den Markt. In Brasilien sind Rechtsanwaltsgesellschaften zulässig. Sie dürfen nur einen Gesellschaftszweck haben, die Erbringung juristischer Dienstleistungen. Sie werden bei der OAB registriert. Ausländische Anwaltsgesellschaften dürfen in Brasilien im ausländischen Recht beraten.

Er erläuterte, dass noch nicht einmal 10% der brasilianischen Bevölkerung Zugang zur Justiz haben. Eine zufriedenstellende Erledigung gibt es bei Gericht nicht. Eine Verfahrensbeendigung erfordert in den meisten Fällen einen Vergleich. Teilweise dauere alleine die gerichtliche Zuteilung einer Berufung drei bis vier Jahre.

Horacio bedauerte, dass das Berufsgeheimnis im internationalen Tätigkeitsbereich aufgeweicht werde. Er wies auf die Regelung des englischen Rechts hin, wonach Rechtsanwälte verpflichtet sind, den Verdacht einer Straftat ihrer Mandanten anzuzeigen. Auf Grund der Verschwiegenheitspflicht sind für ihn Zusammenschlüsse von Wirtschaftsprüfern mit Anwälten nicht denkbar. Wirtschaftsprüfer haben die Aufgabe zu publizieren, Rechtsanwälte müssen Informationen für sich behalten. Dieser Widerspruch stehe einer gemeinsamen Berufsausübung entgegen.

Aufgabe der Rechtsanwälte sei es, das Bild der Anwaltschaft in der

---

<sup>5</sup> Horacio Bernardes Neto ist Mitgründer der Anwaltskanzlei Xavier, Bernardes in São Paulo und der CESA (Centro de Estudos das Sociedades de Advogados)

Öffentlichkeit klarzustellen und Verständnis zu schaffen. Der Anwalt arbeite im Interesse des Mandanten, wovon die öffentliche Ordnung profitiere. Die Verfassung garantiere die anwaltliche Tätigkeit. Ein Urteil ohne Verfahrensbeteiligung eines Anwalts hat keine Legitimation.

**Samstag 19.11.2005**

**6. Pratico do trabalho de advogado no Brasil (Estrategias administrativas, forenses e concilitorias  
- Dr. Luis Henrique do Amaral<sup>6</sup>**

Luis Henrique Amaral vermittelte in seinem Vortrag ein plastisches Bild der Tätigkeit eines Anwalts in einem Anwaltsbüro mit spezieller Tätigkeit im Gewerblichen Rechtsschutz, Urheberrecht und Patentrecht. Daneben erläuterte er allgemeine Tatsachen der Prozessführung in Brasilien. Er zeigte auf, dass in den Rechtsgebieten, in denen sein Büro tätig ist sowohl Bundesrecht als auch Bundesstaatliches Recht überschneidend Anwendung findet. Gerade im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes ist es auf Grund der Größe Brasiliens von Bedeutung, dass Anwälte viel reisen und bei gerichtlichen Zuständigkeiten vor Ort sich selbst um den Verfahrensfortgang bemühen. Oft spielen sich Sachverhalte im Amazonasgebiet

oder an der Grenze zu Paraguay ab. Die Beschlagnahme von Waren im Wege der einstweiligen Verfügung erfolgt dann mit Hilfe der Polizei oft unter konkreter Gefahr und Bedrohung. Die Justizgewährung ist im Vergleich zu anderen südamerikanischen Staaten noch gut. Durch die Tätigkeit für viele ausländische Firmen konnte er feststellen, dass es keine Vorurteile gegen diese gibt. Die Ausstattung der Justiz ist auch in entlegenen Gebieten gut. Als Problem eines gerichtlichen Verfahrens sieht er die Möglichkeit kreativer Anwälte Verfahren sehr lange zu verzögern. Brasilianische Richter seien zwar gute Juristen, sie delegierten aber die Verwaltung ihrer Einheit und seien selbst nicht in der Lage ihr Büro gut zu organisieren. Auch daher rühre die lange Prozessdauer. Die Rechtsmittelmöglichkeiten seien zu kompliziert. Eine Justizreform sei erforderlich, um Prozesse effektiver zu gestalten. Auf Grund dieser Prozessdauer müssen Anwälte mit einstweiligen Regelungen gerade in der Anfangsphase eines Verfahrens, eine Basis für Vergleichsverhandlungen schaffen. Diese einstweiligen Maßnahmen sind ein strategisches Mittel zur Schaffung einer guten Ausgangsbasis. Denn mit einer gerichtlichen Entscheidung sei nicht in vernünftiger Zeit zu rechnen. Nach diesen einstweiligen Regelungen verfallende der Prozess in eine lange Phase von 10, 20 und 30 Jahren. Die Parteien erhalten eine Lösung nur über einen Vergleich.

---

<sup>6</sup> Luis Henrique do Amaral ist Partner der Sozietät Dannemann in Rio de Janeiro.

Das INPI arbeite ebenfalls nicht effektiv. Ca. 60.000 ungelöste Ver-

fahren seien beim INPI anhängig. Es gebe 90.000 Eingänge jährlich, für deren Bearbeitung 30 Prüfer zuständig seien. In der Vereinigten Staaten stehen 300 Prüfer für 270.000 Eingänge zur Verfügung. Die jeweiligen Präsidenten machten zu Beginn ihrer Amtsperiode neue Pläne, deren Umsetzung dann nicht erfolge. Dadurch erhöhe sich die Notwendigkeit der anwaltlichen mediativen Tätigkeit. 80% aller Fälle würden durch Einigung zwischen den Parteien erledigt.

Daraus resultiert die Herausforderung und die Notwendigkeit für die Rechtsanwälte, statt der einfachen Prozessführung mit Fristenüberwachung, unter Beachtung aller Interessen des Mandanten vorhersehend, taktisch und lösungsorientiert vorzugehen.

## **7. Praxis des Anwaltsberufes in Deutschland**

**(Forensische und konsiliatorische Praktiken, Marktstrategien)**

**- Boris Burtin<sup>7</sup>**

Boris Burtin berichtete über die Tätigkeiten in einem kleineren Anwaltsbüro, bezog sich dabei aber immer auch auf die allgemeine Tätigkeit eines Anwalts und die Situation der Anwälte im Allgemeinen. Er zeigte zunächst die aktuelle Situation der Anwaltschaft in Deutschland auf. Diese beinhaltet die Zunahme der Konkurrenz mit Konsequenzen, wie schlechter werdende Leistungen, mangelhaft aus-

gebildet Kollegen, finanzielle Probleme und harschere Umgangsformen, die nicht mehr als kollegial bezeichnet werden können. Er führte in die verschiedenen Klagearten des Zivilprozesses ein und wies jeweils auf die Besonderheiten und Fallstricke hin, die bei der täglichen Arbeit auftreten können. Weiter erläuterte er die Bearbeitung konkreter Schritte bei Klageerhebung mit Hinweisen zum Umfang des Sachvortrags im Hinblick auf taktische Strategien. So war - nur als Beispiel - der Hinweis, dass es sich lohnt das dürftigste Argument vorzutragen, für erfahrene Prozessanwälte zwar keine zwingende Neuigkeit, aber für viele jüngere Kollegen ganz wichtig. Denn jeder hat schon erlebt, dass Richter auf überraschende Argumente sehr zugänglich reagieren, vor allem wenn sie das Ende des Verfahrens beschleunigen. Völlig zutreffend war auch der Hinweis, dass man sich als Prozessvertreter nicht auf die Rechtsauffassung des Gerichts verlassen darf.

Schließlich schilderte er die Strategien bei der außergerichtlichen Beratung. Bei Standardverträgen kann man zwar auf Muster zurückgreifen, die aber immer auf die konkrete Situation anzupassen sind. Konfliktsituationen sollen nicht dazu führen, dass der Konflikt vertieft wird, sondern dass ein gemeinsamer Nenner gesucht wird. Bei Verhandlungen ist es wichtig mit dem eigenen Mandanten einen Zielkorridor abzustechen, der realistisch ist, um nicht unnötige Erwartungen zu erzeugen. Solches gilt auch bei dem

---

<sup>7</sup> Boris Burtin ist Rechtsanwalt in Dresden.

Rat, einen Prozess zu führen. Bei alledem dürfen die Mandanten nicht bevormundet werden. Ihm sind die Alternativen aufzuzeigen. Entscheiden muss er selbst.

Die Beurteilung der anwaltlichen Leistung erfolgt durch Sekundäridikatoren, wie Kanzleiauftreten, Mitarbeiterverhalten, Rechtschreibung oder Erreichbarkeit. Burtin erläuterte die Organisation in einem mittelständischen Büro, über Ausbildung, Fristkontrolle, Buchhaltung. Nach diesem Einblick in die tägliche Arbeit in Verhältnis zu Gericht und Mandant sowie bürointerne Gesichtspunkte stellte er die rechtlichen Grundlagen der anwaltlichen Tätigkeit mit der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) und der Berufsordnung (BORA) dar. Zu dem Marketingstrategien veranschaulichte er mit statistischen Hintergründen die Tatsache, der zunehmenden negativen wirtschaftlichen Entwicklung vielen Anwaltsbüros. Grund hierfür sind eine schlechte kaufmännische Grundausbildung, fehlendes Augenmerk bei Einsparmöglichkeiten und ein Mangel an Aktivitäten zur Umsatzsteigerung. Hier nannte er die Fachanwaltsausbildung im Rahmen der Spezialisierung, Publikationen und Vorträge sowie die Notwendigkeit zur Vermeidung von Forderungsausfällen die Honorarfrage mit Mandanten von Beginn an klar und deutlich anzusprechen und zu klären. Zuletzt zeigte er die Möglichkeiten der Werbung als wichtigsten Punkt des Marketing auf.

## **8. Round - Table Diskussion - Praxis und Strategien des Anwaltsberufes in Brasilien und Deutschland -**

Zum ersten Mal fand im Rahmen der Jahrestagung eine round-table Diskussion statt. Dr. Jan Curschmann führte in das Thema ein und befragte die jeweiligen Teilnehmer zu ihren persönlichen Erfahrungen und Ihrem Standpunkt. Sergio Cunha zeigte die Probleme in Brasilien auf, die aus der Magnifizierung des Anwaltsberufes zu einer Vervielfältigung der Zahl der Anwälte führten. Horacio wies verstärkt darauf hin, dass die Rechtsanwälte die Wächter der Verfassung sind, aber 36 % der brasilianischen Rechtsanwälte von Vergütungen über Prozesskostenhilfe abhängig sind. Das Verständnis des Anwaltsberufes als Organ der Rechtspflege müsse gestärkt werden. Im Spannungsfeld mit der anwaltlichen Ethik zeigten Horacio und Sergio Cunha das Bild des Anwalts, der die Interessen seines Mandanten als im Rahmen des gesetzlich Zulässigen um jeden Preis wahren muss. Jürgen Vogt und Ralf Stock berichteten aus eigener Erfahrung über die Tatsache, dass auch wenn immer Probleme bestehen, diese gemeistert werden können. Die von Prof. Rabe in seinem Vortrag genannten Kriterien für eine Positionierung am Markt wurden von Ihnen aus ihrer praktischen Tätigkeit bestätigt.

Im Ergebnis konnte resümiert werden, dass der Anwaltsberuf immer noch Chancen bietet, wenn bei hin-

reichender Qualifikation, genügender Spezialisierung ausreichendes Engagement hinzukommt. Dies gilt sowohl für Deutschland als auch für

Brasilien.\

---

## **Vorankündigung der XXV. Jahrestagung 2006**

16.11.2006 -19.11.2006 oder 23.11.2006 - 26.11.2006  
in Gelsenkirchen

### **Sportrecht**

---

Liebe Mitglieder und Freunde der DBJV,

Es freut uns, Ihnen für dieses Jahr erneut eine besondere Tagung ankündigen zu dürfen.

Thema der Tagung wird das Sportrecht sein, wobei insbesondere die Bereiche Verbandsrecht, Transferrecht und Dopingrecht angesprochen werden sollen. Ebenfalls vorgesehen ist auch die Behandlung von Marken- und Wettbewerbsrechtlichen Fragestellungen bei der Vermarktung von Sportveranstaltungen. Wie üblich, werden wir kompetente Referenten aus Brasilien und Deutschland zu den wichtigsten Aspekten des Sportrechts hören.

Passend zum Thema und zum Jahr der Fußballweltmeisterschaft haben wir den Tagungsort ausgesucht. Wir werden "Auf Schalke" in Gelsenkirchen tagen, voraussichtlich vom 16.11.2006 - 19.11.2006 oder 23.11.2006 –

26.11.2006. Der endgültige Tagungstermin kann erst im Sommer bekannt gegeben werden. Wir bitten Sie daher, die beiden Wochenenden vorzumerken, Sie erhalten rechtzeitig Information über den Termin.

Die Tagungsvorbereitung übernimmt unser Mitglied RA Jörg Rüsing vor Ort in Zusammenarbeit mit unserem Vorstandsmitglied RAin Irene Haagen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie an dieser Tagung teilnehmen

würden und hoffen, dass der mögliche Termin schon jetzt einen festen Platz in Ihrem Jahreskalender findet.

Für den Vorstand  
Gisela Puschmann  
Sekretariat\

Mit freundlichen Grüßen

---

## O Ensino Jurídico no Brasil

Prof. Dr. Wanderlei de Paula Barreto e  
Luciany Michelli Pereira dos Santos\*

---

### SUMÁRIO

1 – Notas introdutórias; 2 – A Educação superior no Brasil e seus marcos legislativos; 3 – A crise no ensino jurídico no Brasil e o Exame de Ordem; 5 – Perspectivas profissionais; 6 – Conclusão; 7 – Referências bibliográficas.

#### 1. Notas introdutórias

No Brasil, o acesso a qualquer curso superior é privilégio de poucos, por fatores diversos, tais como a qualidade do ensino fundamental, a

baixa renda da população, falta de investimento em políticas de incentivo.<sup>1</sup>

Hodiernamente, políticas têm sido implementadas visando facilitar o acesso de jovens de classe média e baixa às universidades e programas como o PRO-UNI – Programa Universidade para Todos, instituído pela Lei nº 11.096, de 13 de janeiro

---

\*Prof. Dr. Wanderlei de Paula Barreto, Professor Titular aposentado da Universidade Estadual de Maringá, e Luciany Michelli Pereira dos Santos, Mestre em Direito pela Universidade Estadual de Maringá.

---

<sup>1</sup> Veja-se a respeito disso, o Relatório sobre o Índice de Desenvolvimento Humano. “**Racismo, pobreza e violência.** O relatório analisa as desigualdades raciais nas áreas como renda, educação, saúde, emprego, habitação e violência, e conclui que os negros estão em situação pior em todos os indicadores. O estudo aborda, ainda, os mitos raciais surgidos ao longo da história brasileira — como o racismo científico e a democracia racial —, a história e os desafios do movimento negro no país e a pobreza política a que a população negra está submetida”. Disponível: <http://www.pnud.org.br/rdh/>. Acesso: mar/06.

de 2005<sup>2</sup>, aliados a financiamentos subsidiados pelo Governo, como o FIES – Fundo de Financiamento ao Estudante de Ensino Superior<sup>3</sup>, além de ações afirmativas, estabelecendo cotas para negros e outras minorias nas universidades públicas brasileiras. Contudo, a realidade está muito aquém das necessidades e do que se espera para um país com tantas perspectivas e riquezas como o Brasil.

Assim, há cursos jurídicos públicos, mantidos pelos governos estadual ou federal, ministrados nas diversas universidades públicas - cujo número de vagas é insuficiente para

---

<sup>2</sup> Art. 1º Fica instituído, sob a gestão do Ministério da Educação, o Programa Universidade para Todos – PROUNI, destinado à concessão de bolsas de estudo integrais e bolsas de estudo parciais de 50% (cinquenta por cento) ou de 25% (vinte e cinco por cento) para estudantes de cursos de graduação e seqüenciais de formação específica, em instituições privadas de ensino superior, com ou sem fins lucrativos. [...]; Art. 2º A bolsa será destinada: I – a estudante que tenha cursado o ensino médio completo em escola da rede pública ou em instituições privadas na condição de bolsista integral; II – a estudante portador de deficiência, nos termos da lei; III – a professor da rede pública de ensino, para os cursos de licenciatura, normal superior e pedagogia, destinados à formação do magistério da educação básica, independentemente da renda a que se referem os §§ 1º e 2º do art. 1º desta Lei.

<sup>3</sup> “O Fundo de Financiamento ao Estudante do Ensino Superior – FIES é um programa do Ministério da Educação – MEC destinado a financiar a graduação no Ensino Superior de estudantes que não têm condições de arcar integralmente com os custos de sua formação. Os alunos devem estar regularmente matriculados em instituições não gratuitas, cadastradas no Programa e com avaliação positiva nos processos conduzidos pelo MEC”. O FIES é operacionalizado pela Caixa Econômica Federal. Disponível:

<http://portal.mec.gov.br/sesu/index.php?option=content&task=view&id=376&Itemid=303>.

atender a demanda - e outros, mantidos pela iniciativa privada, quais sejam, as diversas faculdades e universidades particulares.

A duração do curso é de 5 (cinco) anos e, após a conclusão, os bacharéis em Direito têm à sua disposição um leque de opções, no que diz respeito às carreiras profissionais (concursos públicos diversos, docência, consultorias, advocacia etc). Para que possa exercer a advocacia, o bacharel em Direito precisa ser aprovado em um exame da OAB – Ordem dos Advogados do Brasil e obter uma carteira de advogado. O exame sofre críticas positivas e negativas, como se discutirá, logo a seguir. A qualidade dos cursos de Direito é fiscalizada pela OAB e pelo MEC – Ministério da Educação e Cultura, mas, mesmo assim, ainda é muito criticada, como se comentará, na seqüência.

Assim, um panorama dos cursos de Direito e formação de seus profissionais no Brasil deverá perpassar pela análise de questões como qualidade de ensino (diretrizes curriculares, p. ex.), envolvendo qualidade dos corpos docente e discente, estrutura ofertada pelas instituições de ensino superior e, ainda o nível dos profissionais que ingressam no mercado de trabalho.

## **2. A educação superior no Brasil e seus marcos legislativos**

A educação não é apenas dever do Estado, mas também da família<sup>4</sup>; além disso, é o primeiro dos direitos fundamentais sociais previstos no art. 6º da Constituição Federal<sup>5</sup>.

A Lei n.º 9.394, de 20/12/1996, estabelece as diretrizes e bases da educação nacional no Brasil; é conhecida como LDB – Lei de Diretrizes e Bases e dispõe, em seu artigo 1º, que “a educação abrange os processos formativos que se desenvolvem na vida familiar, na convivência humana, no trabalho, nas instituições de ensino e pesquisa, nos movimentos sociais e organizações da sociedade civil e nas manifestações culturais”.

De acordo com o art. 9º, inciso IX, da LDB, cabe à União “*autorizar, reconhecer, credenciar, supervisionar e avaliar, respectivamente, os cursos das instituições de educação superior e os estabelecimentos do seu sistema de ensino*”, podendo ser delegada tal função aos Estados e ao Distrito Federal, caso mantenham instituições de ensino superior, nos termos do § 3º, do art. 9º, da LDB. O capítulo IV (arts. 43 a 57) da LDB trata da educação superior.

---

<sup>4</sup> Art. 2º, da LDB – A educação, dever da família e do Estado, inspirada nos princípios de liberdade e nos ideais de solidariedade humana, tem por finalidade o pleno desenvolvimento do educando, seu preparo para o exercício da cidadania e sua qualificação para o trabalho.

<sup>5</sup> O Texto Constitucional também prevê, no art. 205, que “a educação, direito de todos e dever do Estado e da família, será promovida e incentivada com a colaboração da sociedade, visando ao pleno desenvolvimento da pessoa, seu preparo para o exercício da cidadania e sua qualificação para o trabalho”.

Por certo, há inúmeros atos legislativos regulamentando as disposições da LDB, não sendo oportuno comentar cada um deles.

Pode-se registrar, neste particular, que a educação é um direito fundamental, como já se afirmou, previsto, expressamente, no Texto Constitucional, sendo que as diretrizes básicas do ensino no Brasil constam da LDB – Lei 9.394, de 20/12/1996.

No que diz respeito aos cursos de Direito, é relevante dar certo destaque à Portaria nº 1.886, de 30/12/1994, do Ministério da Educação e do Desporto, bem como, à Resolução nº 9, de 29/09/2004, do Conselho Nacional de Educação.

A Resolução nº 9, de 29/09/04, institui as Diretrizes Curriculares do Curso de Graduação em Direito, Bacharelado, a serem observadas pelas Instituições de Educação Superior em sua organização curricular e, nos termos do art. 2º, da referida resolução, “*a organização do Curso de Graduação em Direito, observadas as Diretrizes Curriculares Nacionais se expressa através do seu projeto pedagógico, abrangendo o perfil do formando, as competências e habilidades, os conteúdos curriculares, o estágio curricular supervisionado, as atividades complementares, o sistema de avaliação, o trabalho de curso como componente curricular obrigatório do curso, o regime acadêmico de oferta, a duração do curso, sem prejuízo de outros aspectos que tornem consistente o referido projeto pedagógico*”.

Tem-se, desta forma, evidente a importância do projeto pedagógico do curso e clara determinação de coerência entre as bases lançadas no projeto e as práticas implementadas pelas instituições. Assim, cada instituição de ensino superior deve descrever, no projeto pedagógico do curso, o perfil esperado para seu egresso.

O curso de graduação em Direito deverá assegurar, no perfil do graduando, sólida formação geral, humanística e axiológica, capacidade de análise, domínio de conceitos e da terminologia jurídica, adequada argumentação, interpretação e valorização dos fenômenos jurídicos e sociais, aliados a uma postura reflexiva e de visão crítica que fomente a capacidade e a aptidão para a aprendizagem autônoma e dinâmica, indispensável ao exercício da Ciência do Direito, da prestação da justiça e do desenvolvimento da cidadania. (art. 3º, Resolução n.º 9).

Quanto à carga horária do curso, não há norma específica, sendo que existe recomendação para um mínimo de 3.700 horas, embasada no Parecer CNE/CES n.º 108, de 7 de maio de 2003, aprovado em 05/03/2003<sup>6</sup>.

Um ponto relevante a ser destacado é que o art. 5º, da Resolução nº 9, dispõe que os cursos de graduação em direito deverão contemplar, nos seus respectivos planos pedagógi-

cos, três eixos de formação: I – **Eixo de Formação Fundamental**, cujo objetivo é integrar o estudante e estabelecer as relações do Direito com outras áreas do saber, de modo que o curso deverá abranger estudos que envolvam conteúdos essenciais sobre Antropologia, Ciência Política, Economia, Ética, Filosofia, História, Psicologia e Sociologia; II – **Eixo de Formação Profissional**, abrangendo, além do enfoque dogmático, o conhecimento e a aplicação, observadas as peculiaridades dos diversos ramos do Direito, de qualquer natureza, estudados, sistematicamente, e contextualizados segundo a evolução da Ciência do Direito e sua aplicação às mudanças sociais, econômicas, políticas e culturais do Brasil e suas relações internacionais, incluindo-se, necessariamente, dentre outros condizentes com o projeto pedagógico, *conteúdos essenciais sobre Direito Constitucional, Direito Administrativo, Direito Tributário, Direito Penal, Direito Civil, Direito Empresarial, Direito do Trabalho, Direito Internacional e Direito Processual*; e III – **Eixo de Formação Prática**, que objetiva a integração entre a prática e os conteúdos teóricos desenvolvidos nos demais Eixos, especialmente nas atividades relacionadas com o Estágio Curricular Supervisionado, Trabalho de Curso e Atividades Complementares<sup>7</sup>.

---

<sup>6</sup> Disponível em:  
<http://www.mec.gov.br/cne/pdf/ces-0108.pdf>.

---

<sup>7</sup> Art. 5º O curso de graduação em Direito deverá contemplar, em seu Projeto Pedagógico e em sua Organização Curricular, conteúdos e atividades que atendam aos seguintes eixos interligados de formação: I – Eixo de Formação Fundamental, tem por objetivo integrar o estudante no campo, estabele-

No eixo de formação fundamental, é dado destaque a importância do estudo interdisciplinar mencionando-se, especificamente, as disciplinas de Antropologia, Ciência Política, Economia, Ética, Filosofia, História, Psicologia e Sociologia, sem prejuízo de outras. Quanto ao eixo de formação profissional, vale ressaltar a determinação expressa para os conteúdos essenciais sobre Direito Constitucional, Direito Administrativo, Direito Tributário, Direito Penal, Direito Civil, Direito Empresarial, Direito do Trabalho, Direito Internacional e Direito Processual.

Por fim, no que diz respeito ao eixo de formação prática, nota-se a preocupação de integração entre a prática e os conteúdos teóricos desenvolvidos nos demais eixos, espe-

---

cendo as relações do Direito com outras áreas do saber, abrangendo dentre outros, estudos que envolvam conteúdos essenciais sobre Antropologia, Ciência Política, Economia, Ética, Filosofia, História, Psicologia e Sociologia. II – Eixo de Formação Profissional, abrangendo, além do enfoque dogmático, o conhecimento e a aplicação, observadas as peculiaridades dos diversos ramos do Direito, de qualquer natureza, estudados sistematicamente e contextualizados segundo a evolução da Ciência do Direito e sua aplicação às mudanças sociais, econômicas, políticas e culturais do Brasil e suas relações internacionais, incluindo-se necessariamente, dentre outros condizentes com o projeto pedagógico, conteúdos essenciais sobre Direito Constitucional, Direito Administrativo, Direito Tributário, Direito Penal, Direito Civil, Direito Empresarial, Direito do Trabalho, Direito Internacional e Direito Processual; e III – Eixo de Formação Prática, objetiva a integração entre a prática e os conteúdos teóricos desenvolvidos nos demais Eixos, especialmente nas atividades relacionadas com o Estágio Curricular Supervisionado, Trabalho de Curso e Atividades Complementares.

cialmente nas atividades relacionadas com o estágio curricular supervisionado<sup>8</sup>, Trabalho de Curso e Atividades Complementares<sup>9</sup>.

Assim, ao longo do curso o acadêmico deverá participar de estágio supervisionado, incumbindo-lhe

---

<sup>8</sup> Art. 7º O Estágio Supervisionado é componente curricular obrigatório, indispensável à consolidação dos desempenhos profissionais desejados, inerentes ao perfil do formando, devendo cada instituição, por seus colegiados próprios, aprovar o correspondente regulamento, com suas diferentes modalidades de operacionalização. § 1º O Estágio de que trata este artigo será realizado na própria instituição, através do Núcleo de Prática Jurídica, que deverá estar estruturado e operacionalizado de acordo com regulamentação própria, aprovada pelo conselho competente, podendo, em parte, contemplar convênios com outras entidades ou instituições e escritórios de advocacia; em serviços de assistência judiciária implantados na instituição, nos órgãos do Poder Judiciário, do Ministério Público e da Defensoria Pública ou ainda em departamentos jurídicos oficiais, importando, em qualquer caso, na supervisão das atividades e na elaboração de relatórios que deverão ser encaminhados à Coordenação de Estágio das IES, para a avaliação pertinente. § 2º As atividades de Estágio poderão ser reprogramadas e reorientadas de acordo com os resultados teórico-práticos gradualmente revelados pelo aluno, na forma definida na regulamentação do Núcleo de Prática Jurídica, até que se possa considerá-lo concluído, resguardando, como padrão de qualidade, os domínios indispensáveis ao exercício das diversas carreiras contempladas pela formação jurídica.

<sup>9</sup> Art. 8º As atividades complementares são componentes curriculares enriquecedores e complementadores do perfil do formando, possibilitam o reconhecimento, por avaliação de habilidades, conhecimento e competência do aluno, inclusive adquirida fora do ambiente acadêmico, incluindo a prática de estudos e atividades independentes, transversais, opcionais, de interdisciplinaridade, especialmente nas relações com o mercado do trabalho e com as ações de extensão junto à comunidade. Parágrafo único. A realização de atividades complementares não se confunde com a do Estágio Supervisionado ou com a do Trabalho de Curso.

cumprir uma carga horária específica relativamente às atividades complementares - consistentes em cursos de extensão, seminários, simpósios etc -, com carga horária definida pela instituição de ensino, levando em consideração a carga horária do curso<sup>10</sup> e, também, deverá elaborar um trabalho de conclusão de curso (artigo, monografia ou pesquisa de campo), mediante orientação, sendo submetido a uma banca de avaliação do mesmo.

Nota-se, assim, uma preocupação para que o acadêmico do curso de Direito tenha maior contato com situações práticas, conhecimentos que extrapolem o universo da Ciência do Direito, e permaneça em constante atualização.

Ocorre que a prática está muito distante do ideal, sendo que o momento atual é de crise no ensino jurídico, como se verá a seguir.

### 3. A crise no ensino jurídico no Brasil e o Exame de Ordem

Não se pode negar que há, de fato, um sério problema metodológico no ensino jurídico brasileiro, sendo

<sup>10</sup> De 5 a 10% da carga horária total do Curso, nos termos do art. 4º da Portaria nº 1.886, de 30 de Dezembro de 1994 – MEC, *in verbis*: Art. 4º Independente do regime acadêmico que adotar o curso (seriado, créditos ou outro), serão destinados cinco a dez por cento da carga horária total para atividades complementares ajustadas entre o aluno e a direção ou coordenação do curso, incluindo pesquisa, extensão, seminários, simpósios, congressos, conferências, monitoria, iniciação científica e disciplinas não previstas no currículo pleno.

que um dos aspectos mais relevantes dessa “crise do ensino” é a desconexão entre a realidade que será vivenciada pelos acadêmicos, após a conclusão do curso, e o conteúdo ministrado nas faculdades de Direito<sup>11</sup>.

Maria de Lourdes Seraphico Silva chega a afirmar que “os cursos jurídicos estão falidos”<sup>12</sup>. De qualquer forma, não se pode olvidar que a maioria dos estudantes já chega às universidades com uma formação deficiente, que, muitas vezes, acaba se perpetuando no curso de graduação<sup>13</sup>.

<sup>11</sup> Neste sentido, é a crítica do Prof. Dr. Luiz Flávio Gomes, o qual aduz que “a distância (abismal) entre a projecta metodologia do ensino jurídico e a realidade fica mais do que evidenciada quando vemos a artificialidade de muitos dos problemas jurídicos enfocados em salas de aula ou em concursos públicos. Aliás, já a forma bizarra e grotesca de apresentação deles (Semprônio tinha inequívoca intenção de matar Caio, que morava na Tanzânia em companhia de um bebê de proveta chamado Tício, que nasceu no mesmo dia que Mélvio...) revela o quanto se afastam da vida comum dos mortais.” (GOMES, Luiz Flávio. A crise (tríplice) do ensino jurídico. **Jus Navigandi**, Teresina, a. 6, n. 59, out. 2002. Disponível em: <<http://www1.jus.com.br/doutrina/texto.asp?id=3328>>. Acesso em: 30 jun. 2004.)

<sup>12</sup> SILVA, Maria de Lourdes Seraphico Peixoto da. O Ensino Jurídico e suas Deficiências: O Magistério Refratário. **Revista Jurídica**, ano III, n. II. Curitiba, 1983, p. 129.

<sup>13</sup> “Os alunos, nos cursos jurídicos, em sua grande maioria, trazem uma formação deficiente e uma visão também deficiente do que vão encontrar pela frente nas universidades. O aluno até então acostumado com as definições sintetizadas, ao chegar em um curso jurídico depara-se com infundáveis teorias, atividades que exigem exaustivas leituras. Isso provoca uma certa rejeição, um certo incômodo ao jovem universitário.” (VITAGLIANO, José Arnaldo. A crise do ensino jurídico no Brasil e o Direito Alternativo. **Jus Navigandi**, Teresina, a. 5, n. 48,

Antônio Maria Fernandes da Costa observa que as faculdades de Direito têm defeitos genéricos e específicos do curso jurídico, de forma que os primeiros estariam relacionados com o ensino colegial (falta de leitura e capacidade de interpretação, por exemplo)<sup>14</sup>.

Assim, não bastaria somente uma mudança dentro das universidades, mas também uma mudança na própria estrutura do ensino de 1º e 2º graus, o que permitiria que os alunos ingressem no 3º grau um pouco mais preparados.

---

dez. 2000. Disponível em:  
<<http://www1.jus.com.br/doutrina/texto.asp?id=44>  
>. Acesso em: 30 jun. 2004)

<sup>14</sup> "A Faculdade de Direito tem defeitos: a) genéricos, de todo o ensino brasileiro e b) específicos, dos cursos jurídicos. Os primeiros dependem de modificações genéricas no ensino colegial, com a urgente seleção e aprimoramento dos docentes; com incentivo (enfocaremos o que mais aproveita ao nosso Curso) da leitura habitual, do raciocínio, da memória, da crítica e da arte de escrever (certos livros paradigmas deveriam ser obrigatórios, sem embargo de deverem ser estimulados como lazer, falando o professor sobre o livro a ser lido com gosto, com persuasão, de modo a aguçar a curiosidade do aluno, em vez de sentenciar: "– vocês terão de ler tal livro para dia tal"– afronta à criança inteligente e inquieta dos dias atuais); com o ensino cuidadoso de Filosofia e de História; com um ensino de língua estrangeira que dotasse o aluno a falar e escrever fluentemente o idioma; com avaliações criteriosas e sadiamente exigentes, pois a avaliação frouxa acomoda, mima e faz o aluno mediano se autopresumir excelente, em vez de se aprimorar." (COSTA, Antônio Maria Fernandes da. Contribuição para um debate, acerca do ensino jurídico. Trabalho publicado em coletânea produzida pela Coordenadoria do Curso de Direito da Universidade Braz Cubas – UBC, em 1991. *Apud* VITAGLIANO, José Arnaldo).

Assim, constatações como esta, acabaram por justificar um acirramento da discussão a respeito do ensino jurídico, seus métodos e as novas propostas metodológicas que poderiam propiciar uma melhora na qualidade dos profissionais que chegam ao mercado de trabalho. Obviamente, há que se distinguir entre propostas possíveis de serem implementadas e aquelas visivelmente utópicas.

Certo é que o estudo do Direito não pode se restringir à mera análise da legislação, exigindo noções de Filosofia, Sociologia, Economia, dentre outras disciplinas, uma vez que o Direito é um objeto cultural, isto é, um produto humano, dinâmico e não pode ser visto, isoladamente. O Direito há que ser interpretado, tomando-se por base o contexto histórico e social vigente à época de sua aplicação; daí, porque o legalismo e o positivismo exacerbado não garantem o *direito justo*<sup>15</sup>, muito embora não se possa negar, proporcionam maior segurança jurídica.

Quanto à necessidade de domínio técnico do Direito, Tércio Sampaio Ferraz Júnior afirma que estudar o Direito "sem paixão, é como sorver um vinho precioso apenas para saciar a sede. Mas, estudá-lo sem interesse pelo domínio técnico de

---

<sup>15</sup> "*Plantear el problema de la justicia o injusticia de una norma equivale a plantear el problema de la correspondencia entre lo que es real y los que es ideal. Por eso el problema de la justicia se conoce comúnmente como el problema deontológico del derecho*" (BOBBIO, Norberto. *Teoría General del Derecho*. ed. Santa Fé de Bogotá (Colômbia): Temis, 1999, p. 20-21).

seus conceitos, seus princípios, é inebriar-se numa fantasia inconsequente"<sup>16</sup>.

Assim, hoje, é cediço que os cursos jurídicos, de modo geral, passam por uma ampla reformulação, desencadeada devido à má qualidade dos profissionais, o que fez com que surgisse uma preocupação com a qualidade do ensino jurídico no País.

Este processo de mudanças foi iniciado com a aprovação da portaria n.º1.886, de 30 de dezembro de 1994, do Ministério da Educação e do Desporto, seguida pela promulgação da nova Lei de Diretrizes e Bases – LDB (Lei 9.394, de 20/12/1996)<sup>17</sup>.

Como perspectivas para o ensino jurídico, a maioria da doutrina aponta para possíveis soluções: a necessidade de uma alteração curricular, conciliando teoria e prática, a substituição da aula conferência por formas alternativas de metodologias, a utilização de novas técnicas didático-pedagógicas, a implantação do ensino multidisciplinar e o aumento da qualificação do corpo docente, ao lado da exigência de maior dedicação do corpo docente<sup>18</sup>.

---

<sup>16</sup> FERRAZ JR, Tércio Sampaio. **Introdução ao Estudo do Direito**. São Paulo: Atlas, 1996, p. 21.

<sup>17</sup> FARIAS, Edilson. Ensino Jurídico no Brasil. **Revista da Fundação Escola Superior do Ministério Público do Distrito Federal e Territórios**. Brasília, ano 8, vol. 16, p. 83-93, jul/dez, 2000, p. 85-92.

<sup>18</sup> RODRIGUES, Horácio Wanderley. **Ensino Jurídico, saber e poder**. São Paulo: Acadêmica, 1988, p. 106.

Horácio Wanderley Rodrigues<sup>19</sup> entende que a estrutura educacional e os meios de comunicação social exercem um papel fundamental no que se refere ao acesso à justiça. Por um lado, devem esclarecer quais são os direitos fundamentais do indivíduo (visto isoladamente) e da coletividade, e quais os instrumentos jurídicos hábeis para sua reivindicação e proteção. Por outro lado, devem estimular uma cultura de busca da efetividade desses direitos, por meio de uma educação (formal ou informal) para a cidadania, passando pela assimilação da idéia fulcral de que o respeito aos direitos pressupõe a consciência de que seu desrespeito levará à utilização dos mecanismos estatais de solução dos conflitos.

Nos últimos anos, a qualidade dos profissionais que ingressam no mercado de trabalho tem justificado uma preocupação dos diversos segmentos da sociedade, especialmente da OAB – Ordem dos Advogados do Brasil, que conseguiu tornar obrigatório o “Exame de Ordem” para a obtenção da carteira de advogado, o que permite o exercício da advocacia. Assim, o “Exame de Ordem”, apesar de opiniões contrárias, tem servido como mecanismo relativamente eficiente para selecionar os profissionais que ingressam no mercado de trabalho, exigindo o mínimo de conhecimento jurídico.

---

<sup>19</sup> Idem. **Acesso à justiça no Direito Processual Brasileiro**. São Paulo: Acadêmica, 1994.

## 5. Perspectivas profissionais

As perspectivas de trabalho, para os profissionais recém formados, é diretamente relacionada à formação de cada um; mas, hoje, no Brasil, o curso de Direito desperta grande interesse, em razão do leque de opções que proporciona ao bacharel.

Inúmeros concursos públicos exigem o curso de Direito, tais como para ingresso na Magistratura Federal ou Estadual (juiz), no Ministério Público Federal ou Estadual, Defensoria Pública, advogados de estatais, delegados de polícia (federais e estaduais), além de inúmeros outros, em que o curso de Direito nem sempre é pré-requisito, mas, cujo conhecimento jurídico prévio põe o candidato em grande vantagem, como concursos para auditores, servidores da justiça (escrivão, oficial de justiça, auxiliares de cartório, etc).

O Brasil conta, hoje, com uma população estimada em 185 milhões de habitantes e um quadro de 13.474 magistrados<sup>20</sup>, o que corresponde a 7,62 juízes para cada 100 mil habitantes, praticamente dentro da média mundial. O número de pessoal auxiliar, em todo o Poder Judiciário nacional, é de 246.632. São 500.564 os advogados e 73.445 os estagiários inscritos na Ordem dos Advogados do Brasil – OAB,

---

<sup>20</sup> 1.129, na Justiça Federal; 2.539, na Justiça do Trabalho; 9.745, na Justiça Estadual; 11, no Supremo Tribunal Federal; 33, no Superior Tribunal de Justiça; 17, no Tribunal Superior do Trabalho.

em todo o País<sup>21</sup>. Tramitam no Judiciário brasileiro como um todo 17.494.902 processos<sup>22</sup>. A média de reforma das decisões é de 27,11%<sup>23</sup>. Existem, atualmente, 864 faculdades de Direito, no Brasil, com 197.988 vagas anuais<sup>24</sup>.

## 6. Conclusão

É inegável que o ensino jurídico brasileiro, nos dias atuais, não possui a qualidade ideal para formar profissionais aptos a operar o Direito com competência e com consciência ética.

Há uma grande deficiência na própria formação do aluno que ingressa no curso superior de Direito, na medida em que estes estudantes não têm o hábito da leitura; logo, não escrevem bem e tampouco têm capacidade interpretativa necessária para trabalhar com textos legais que, muitas vezes, contêm imper-

---

<sup>21</sup> Dados atualizados até 24.02.2006. Fonte: <http://www.oab.org.br/relatorioadvob.asp>, capturado em 24.03.2006.

<sup>22</sup> 3.011.730, na Justiça Federal; 2.002.394, na Justiça do Trabalho; 9.941.831, na Justiça Estadual; 111.916, no Supremo Tribunal Federal; 238.982, no Superior Tribunal de Justiça, e 128.788, no Tribunal Superior do Trabalho.

<sup>23</sup> Na Justiça do Trabalho, 38,37%, no 1º grau, e 27,99%, no 2º grau; na Justiça Estadual, 35,03%, no 1º grau, e 20,38% no 2º grau; no Supremo Tribunal Federal, 6,26%; no Superior Tribunal de Justiça, 8,94%, e, no Tribunal Superior do Trabalho, 22,27%. Fonte: <http://www.stf.gov.br/seminario>, capturado em 24.03.2006.

<sup>24</sup> Em 1991, o País possuía 165 Faculdades de Direito. Fonte: <http://www.oab.org.br/noticiaPrint.asp?id=5007>, capturado em 21/03/2006.

feições e inconstitucionalidades, consistentes em afronta à norma constitucional ou desobediência a princípio com assento no Texto Constitucional.

Um outro ponto relevante e que deve ser levado em consideração é a visão do Direito como um fenômeno de múltiplas dimensões (sociológica, política, econômica, histórica, etc). Contudo, tal visão não é compartilhada pela maioria dos profissionais; por isso, o estudo interdisciplinar mostra-se imprescindível, o qual permite melhor compreensão do fenômeno jurídico, sem desvinculá-lo, totalmente, da realidade cultural.

Assim, o conhecimento teórico e prático, bem como, o estudo constante do Direito são condições inarredáveis para a eficácia plena do Direito, na sua condição de instrumento para a realização do justo e não apenas como ferramenta de adequação de modelos normativos a situações concretas.

## 7. Referências bibliográficas

BALEIRO, Aliomar. **Limitações Constitucionais ao poder de tributar**. 7. ed. Rio de Janeiro: Forense, 1999.

BASTOS, Celso Ribeiro e MARTINS. Ives Gandra. **Comentários à Constituição do Brasil**. 1º e 2º volumes, Editora Saraiva, 1988.

BONAVIDES, Paulo. **Curso de Direito Constitucional**. 7. ed. Malheiros: São Paulo, 1998.

CANOTILHO, J.J.Gomes. **Direito Constitucional e teoria da Constituição**. 3. ed. Lisboa: Almedina, 1999.

CAPPELLETTI, Mauro & GARTH, Bryant. **Acesso à Justiça**. Porto Alegre: Sergio Antônio Fabris Editor, 1988.

FARIAS, Edilsom. Ensino Jurídico no Brasil. **Revista da Fundação Escola Superior do Ministério Público do Distrito Federal e Territórios**. Brasília, ano 8, vol. 16, p. 83-93, jul/dez, 2000, p. 85-92.

FARIAS, Edilsom, **Colisão de Direitos. A honra, a intimidade, a vida privada e a imagem versus a liberdade de expressão e informação**. Porto Alegre: Sergio Antonio Fabris Editor, 1996.

FERRAZ JR, Tércio Sampaio. **Introdução ao Estudo do Direito**. São Paulo: Atlas, 1996.

GOMES, Luiz Flávio. A crise (tríplice) do ensino jurídico. **Jus Navigandi**, Teresina, a. 6, n. 59, out. 2002. Disponível em: <<http://www1.jus.com.br/doutrina/texto.asp?id=3328>>. Acesso em: 30 jun. 2004.

GRAU, Eros Roberto. **A ordem Econômica na Constituição de 1988. Interpretação e crítica**. 4. ed. São Paulo: Malheiros Editores Ltda., 1998.

GUSMÃO, Paulo Dourado. **Filosofia do Direito**. Rio de Janeiro: Forense, 1985.

KELSEN, Hans, **O que é justiça? A Justiça, o direito e a política no espelho da ciência**. Luís Carlos Borges. São Paulo: Martins Fontes, 1998.

MELLO, Celso Antônio Bandeira de. **Curso de Direito Administrativo**. 11. ed. São Paulo: Malheiros, 1999.

MIRANDA, Jorge. **Manual de Direito Constitucional**. Tomo IV. 3. ed. rev. e atual. Coimbra: Ed. Coimbra, 1991.

PÉREZ LUÑO, Antonio. **Derechos humanos, Estado de Derecho y Constitución**. 3. ed. Madrid: Tecnos, 1990.

PRADO, Luiz Regis. Do Deontico ao razoável: ensaio de lógica jurídica. **Revista Ciências Jurídicas**. Curso de Mestrado em Direito da Universidade Estadual de Maringá, nº 1, Ano 1999.

RODRIGUES, Horácio Wanderlei. **Ensino Jurídico, saber e poder**. São Paulo: Acadêmica, 1988.

\_\_\_\_\_. **Acesso à justiça no Direito Processual Brasileiro**. São Paulo: Acadêmica, 1994.

SANTOS, Fernando Ferreira dos. Princípio Constitucional da Dignidade da Pessoa Humana. Disponível em <<http://www1.jus.com.br/doutrina/texto.asp?id=160>>. Acesso em 07 out. 2001.

SICHES, Luis Receséns. **Panorama del Pensamiento jurídico en el siglo XX**. México: Porrúa, 1963.

SILVA, Maria de Lourdes Seraphico Peixoto da. O Ensino Jurídico e suas Deficiências: O Magistério Refratário. **Revista Jurídica**, ano III, n. II. Curitiba, 1983.

VASCONCELOS, Arnaldo. **Teoria da Norma Jurídica**. 3. ed. São Paulo: Malheiros, 1993.

VITAGLIANO, José Arnaldo. A crise do ensino jurídico no Brasil e o Direito Alternativo. **Jus Navigandi**, Teresina, a. 5, n. 48, dez. 2000. Disponível em: <<http://www1.jus.com.br/doutrina/texto.asp?id=44>>. Acesso em: 30 jun. 2004.\\

---

## **Die Reform der Juristenausbildung in der Bundesrepublik Deutschland aus einer Frankfurter Perspektive**

**Dr. Renata Martins, LL. M. und  
Richterin am AG - stV - Eva Bettina Messer, M.C.J. (NYU)\***

Die deutsche Juristenausbildung ist in den letzten Jahren wesentlich geändert worden. Eine viel diskutierte Reform<sup>1</sup> wurde auf Bundesebene durch das Bundesgesetz zur Reform der Juristenausbildung aus dem Jahr 2002<sup>2</sup> initiiert und ist inzwischen in allen Bundesländern umgesetzt. Dieser kurze Beitrag setzt sich mit den wesentlichen Änderungen<sup>3</sup>, die seitdem für das rechtswissenschaftliche Studium eingetreten sind, auseinander: (I) mit der Neuordnung des Studiums durch die Aufteilung in Pflichtprogramm und Schwerpunktbereiche; (II) mit der Einführung einer universitären Schwerpunktbereichsprüfung; (III)

mit der Einführung von Veranstaltungen zu den sog. Schlüsselqualifikationen für Juristen sowie (IV) zu rechtswissenschaftlichen Fremdsprachenkompetenzen als Teil des obligatorischen Studienprogramms; sowie (V) mit der angestrebten „Anwaltsorientierung“ der Ausbildung. Abschließend erlauben wir uns, aus Frankfurter Sicht eine erste Bilanz zu ziehen (VI).

### **I. Das neu geordnete rechtswissenschaftliche Studium: Aufteilung in Pflichtfächer und Schwerpunktbereiche**

Das Deutsche Richtergesetz (DRiG) legt in § 5a Abs. 1 S. 1 (1. Halbs.) die Dauer der Studienzeit auf (mindestens) vier Jahre fest.<sup>4</sup> Dabei ist das Studium in zwei Phasen aufgeteilt. Die erste Phase umfasst die sog. Pflichtfächer, die vom Bundesgesetzgeber vorgegeben wurden und daher in deutschen juristischen Fakultäten nicht fehlen dürfen. Das sind nach § 5a Abs. 2 S. 3 DRiG „die Kernbereiche des Bürgerlichen Rechts, des Strafrechts, des Öffentlichen Rechts und des Verfahrensrechts einschließlich der europarechtlichen Bezüge, der rechtswissenschaftlichen Methoden und der

---

\*Die Verfasserinnen leiten gemeinsam das Zentrum für Schlüsselqualifikationen im Fachbereich Rechtswissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Dr. Renata Martins, LL. M., ist zugleich Habilitantin an diesem Fachbereich sowie Lehrbeauftragte für brasilianisches Recht in Frankfurt a.M. und an der Humboldt-Universität zu Berlin. Eva Bettina Messer ist Richterin am Amtsgericht (als ständige Vertreterin eines Direktors) und Lehrbeauftragte im Bereich der Schlüsselqualifikationen im engeren Sinne.

<sup>1</sup> Zu den Hintergründen der Reform vgl. *Münch* (Hrsg.), *Die neue Juristenausbildung – Chancen, Perspektiven und Risiken*, 2004 sowie *Gressmann*, *Die Reform der Juristenausbildung – Einführung, Texte, Materialien*, 2002. Zur Kritik an der Reform s. *Gilles/Fischer*, NJW 2003, S. 707-711, 709 mwN. Ferner zur Geschichte der rechtswissenschaftlichen Ausbildung in Deutschland s. *Hommelhoff/Teichmann*, JuS 2002, S. 839-844, 840 und dort FN 2 mwN.

<sup>2</sup> Das Gesetz zur Reform der Juristenausbildung vom 11.7.2002 (BGBl. I 2002, S. 2592), welches das Deutsche Richtergesetz (DRiG) vom 8.9.1961 (BGBl. I 1961, 1665) änderte, trat am 1.7.2003 in Kraft.

<sup>3</sup> So auch etwa *Schöbel*, JuS 2004, S. 847-852, 847.

---

<sup>4</sup> Dabei kann „diese Zeit [...] unterschritten werden, sofern die jeweils für die Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung und zur staatlichen Pflichtfachprüfung erforderlichen Leistungen nachgewiesen sind“ (§ 5a Abs. 1 S. 1 (2. Halbs.) DRiG).

philosophischen, geschichtlichen und gesellschaftlichen Grundlagen“.

In der zweiten Phase des Studiums – d.h. ab dem 5. oder 6. Semester – beginnt das sog. Schwerpunktbereichsstudium, das nach § 5a Abs. 2 S. 4 DRiG der „Ergänzung des Studiums, der Vertiefung der mit (ihm) zusammenhängenden Pflichtfächer sowie der Vermittlung interdisziplinärer und internationaler Bezüge des Rechts“ dient. Diese sog. Schwerpunktbereiche, die die alten Wahlfächer ablösen<sup>5</sup>, stehen im Mittelpunkt der Reform und sollen es zum einen jeder juristischen Fakultät ermöglichen, im Wettbewerb um die besten Studierenden ihr eigenes Profil herauszuarbeiten<sup>6</sup>, und zum anderen auch dazu dienen, die frühzeitige Berufsorientierung der Studierenden zu fördern, indem sie sich zu einer noch frühen Studiumsphase gezielt für einen „Spezialisierungsbereich“ entscheiden.

Die Regelung des § 5 a Abs. 2 S. 4 DRiG wurde durch Landesrecht ausgeführt. In Hessen geschah dies durch die geänderte Fassung des Gesetzes über die juristische Ausbildung (Hessisches Juristenausbildungsgesetz – Hess. JAG) vom 15.3.2004<sup>7</sup>. Weitere Konkretisierungen erfolgten im ganzen Bundesgebiet in vielfältiger Weise durch die Studien- und Prüfungsordnungen der juristischen Fakultä-

ten<sup>8</sup>, denen allein die Verantwortung für die Gestaltung der Schwerpunktbereiche und –prüfung obliegt.<sup>9</sup>

Eine Gesamtbetrachtung der aktuellen unterschiedlichen Angebote an den deutschen Universitäten<sup>10</sup> ergibt, dass „klassische“ Wahlfächer wie Zivilrechtspflege, Strafrechtspflege, öffentliches Wirtschaftsrecht, privates Wirtschaftsrecht, Arbeit und Soziales, Staat und Verfassung, Umwelt- sowie Internationales Recht (Völker- und Europarecht) großteils als Schwerpunktbereiche beibehalten wurden. Daneben sind auch neue Schwerpunktbereiche entstanden<sup>11</sup>, wie Technologie- und Umweltrecht, Medizin- und Gesundheitsrecht, Französisches Recht, Mittel- und Osteuropa im Prozess der europäischen Integration und Steuerrecht, um nur einige Beispiele zu nennen.<sup>12</sup>

<sup>8</sup> In Frankfurt am Main durch die „Studien- und Prüfungsordnung des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main für den Studiengang Rechtswissenschaft mit dem Abschluss Erste Prüfung vom 10. November 2004“. Sie kann auf der Internetseite des Fachbereichs unter folgender Adresse nachgelesen werden: [www.jura.uni-frankfurt.de/Studium/Staatsexamen/Studbeginn\\_ab\\_WS\\_03\\_04/studord\\_ab\\_WS2003.html](http://www.jura.uni-frankfurt.de/Studium/Staatsexamen/Studbeginn_ab_WS_03_04/studord_ab_WS2003.html) (Stand 1.4.2006).

<sup>9</sup> Kessler (FN 6), S. 715.

<sup>10</sup> Bei Schöbel (FN 3), S. 847-848.

<sup>11</sup> Schöbel (FN 3), S. 848.

<sup>12</sup> Schwerpunktbereiche an der J. W. Goethe-Universität sind nach § 26 der Studienordnung „Internationalisierung und Europäisierung des Rechts“, „Unternehmen und Finanzen (Law and Finance)“, „Grundlagen des Rechts“, „Steuerung durch Recht“, „Arbeit, Soziales, Lebenslagen“ und „Kriminalwissenschaften“.

<sup>5</sup> Im DRiG wurde der Ausdruck „Wahlfach“ durch das Wort „Schwerpunktbereich“ ersetzt.

<sup>6</sup> Kessler, JA 2003, S. 712-718, 713, spricht von einer „Schwerpunktsetzung der Fakultäten“.

<sup>7</sup> GVBl. I 2004 158.

In der Regel muss im Rahmen des Schwerpunktbereichsstudiums, das nach Bestehen einer sog. Zwischenprüfung begonnen werden darf, eine Mindeststundenzahl (z.B. 16 Semesterwochenstunden) erfüllt werden. Das Schwerpunktbereichsstudium endet mit einer Schwerpunktbereichsprüfung.<sup>13</sup>

## II. Einführung einer universitären Schwerpunktbereichsprüfung

Zu den wesentlichen Merkmalen<sup>14</sup> der neuen Gesetzgebung gehört die Unterteilung des alten Ersten Staatsexamens in eine universitäre Schwerpunktbereichsprüfung und eine staatliche Pflichtfachprüfung (§ 5 Abs. 1 DRiG).

Die alte Wahlfachprüfung wird nunmehr durch die Universitäten in Form einer Schwerpunktbereichsprüfung gemäß der jeweiligen Studien- und Prüfungsordnung durchgeführt. Diese besteht am Fachbereich Rechtswissenschaft der J. W. Goethe-Universität aus zwei Teilen: Der erste Teil setzt sich aus einer Anrechnung studienbegleitender Leistungen zusammen; dabei sind vier Leistungen innerhalb des Schwerpunktbereichs und zwei weitere im Schwerpunktbereich oder in bestimmten anderen Bereichen zu

erbringen. Der zweite Teil der Schwerpunktbereichsprüfung umfasst eine Hausarbeit über ein Thema des gewählten Schwerpunktbereichs.

Die staatliche Pflichtfachprüfung ihrerseits soll der (notwendigen) Gleichwertigkeit der verschiedenen Abschlüsse weiterhin<sup>15</sup> Rechnung tragen.<sup>16</sup> Allerdings wurde diese Prüfung großteils für die verschiedenen Bundesländer vereinheitlicht. So wird es in allen Ländern keine Hausarbeit<sup>17</sup> und nur noch Aufsichtsklausuren<sup>18</sup> geben; die Prüfungsinhalte sind weitgehend dieselben.<sup>19</sup>

Wichtig ist, dass nach § 5d Abs. 2 S. 4 (1. Halbs.) DRiG die Note in der Schwerpunktbereichsprüfung 30%, die staatliche Pflichtfachprüfung 70% der Gesamtnote ausmacht, die im Zeugnis über die staatliche Prüfung ausgewiesen wird. Die Ergebnisse beider Prüfungen werden im Zeugnis jeweils auch gesondert gezeigt. Die Möglichkeit eines sog. „Freischusses“ (d.h. der Wiederholung der Ersten Staatsprüfung unter ganz bestimmten Voraussetzungen) gibt es nicht mehr.

---

<sup>13</sup> Näher zur Schwerpunktbereichsprüfung unter IV. An der J. W. Goethe-Universität in Frankfurt müssen insgesamt 16 Semesterwochenstunden (SWS) und dabei mindestens 10 SWS im gewählten Schwerpunktbereich absolviert werden (§ 25 Abs. 2 der Studienordnung).

<sup>14</sup> So auch u.a. *Windel*, JURA 2003, S. 79-82, 79.

---

<sup>15</sup> *Merk*, ZRP 2004, S. 264-266, 264.

<sup>16</sup> *Schöbel* (FN 3), S. 847.

<sup>17</sup> Nach *Schöbel* (FN 3), S. 847 (FN 10) gab es bisher Hausarbeiten in Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Thüringen.

<sup>18</sup> Fast in allen Ländern wird es sechs Klausuren geben. Ausnahmen sind Sachsen mit fünf und Berlin und Brandenburg jeweils mit sieben (so *Schöbel* (FN 3), S. 847 (FN 11)).

<sup>19</sup> *Schöbel* (FN 3), S. 847.

### III. Schlüsselqualifikationen für Juristen

Das nach der Reform stärker an den späteren beruflichen Anforderungen der Studierenden ausgerichtete Jurastudium soll insbesondere auch die für die rechtsprechende, verwaltende und rechtsberatende Praxis erforderlichen Schlüsselqualifikationen, wie Verhandlungsmanagement, Gesprächsführung, Rhetorik, Streitschlichtung, Mediation, Vernehmungslehre und Kommunikationsfähigkeit berücksichtigen<sup>20</sup>. Schlüsselqualifikationen sind deshalb Teil der staatlichen Prüfungen<sup>21</sup>. In Hessen ist der Nachweis von Schlüsselqualifikationen Voraussetzung für die Zulassung zur Schwerpunktbereichsprüfung<sup>22</sup>.

Was aber sind Schlüsselqualifikationen für Juristen? Aus Sicht der „Kunden“, also rechtssuchender Mandanten/Beschuldigter/Parteien/Bürger und auch aus Sicht der Rechtspflege ist unbestreitbar, dass ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg in der juristischen Sachkompetenz liegt, wie sie im Studium und im Referendariat vermittelt wird. In vielen Berufsfeldern gehört auch Fachwissen auf anderen Gebieten (z.B. Betriebswirtschaftslehre, Medizin, Ingenieurwissenschaften etc.) zu den Erfolgsfaktoren. Diese fachliche Kompetenz wurde und wird allerdings bereits im Rahmen der „klassischen“ universitären Studiengänge vermittelt und gehört daher nicht zu den sie ergänzenden

Schlüsselqualifikationen, wie sie der Reformgesetzgeber in § 5a Abs. 2 und Abs. 3 S. 1 DRiG im Sinn hatte. Die Justizprüfungsämter haben sich daher auch darauf verständigt, dass unter Schlüsselqualifikationen „über rein berufliche Qualifikationen hinausgehend(e) leistungsbezogene persönliche Merkmale (zu verstehen sind), die schwerpunktmäßig soziale Kompetenzen wie die Fähigkeiten zur Kooperation und zur Kommunikation umfassen.“<sup>23</sup>

Ohne die Sachkompetenz verbleiben drei Bereiche der Schlüsselqualifikationen im engeren Sinne<sup>24</sup>, die Juristen in gegenwärtigen und zukünftigen Situationen zu angemessenem und kompetentem Handeln befähigen:

- die Methoden- oder Aufgabenkompetenz,
  - dazu gehört z.B. die Fähigkeit zur Informationsgewinnung und –bewertung (z.B. durch Zeugenvernehmung), zur Entscheidungsstrukturierung und Problemlösung sowie zur – auch rhetorisch – überzeugenden Präsentation juristischer Inhalte und Ergebnisse;
- die Ich- oder Selbst-Kompetenz,
  - dazu gehört z.B. die Fähigkeit zur Selbstwahrnehmung und –

---

<sup>20</sup> § 5a Abs. 3 S. 1 DRiG.

<sup>21</sup> § 5d Abs. 1 S. 1 (1. Halbs.) DRiG.

<sup>22</sup> § 9 Abs. 1 Nr. 2 lit. d Hess. JAG.

---

<sup>23</sup> Bericht zur Umsetzung des Angebots an Schlüsselqualifikationen in den Fakultäten aus dem Protokoll der Tagung der Prüfungsamtspräsidenten 2005 in Hannover (nicht veröffentlicht).

<sup>24</sup> So auch die Prüfungsamtspräsidenten 2005 (FN 23).

steuerung, zur Organisation der eigenen Arbeit, zur Selbstmotivation und Ausrichtung und zur Bewältigung besonderer Anforderungssituationen;

- und die soziale Kompetenz, also z.B. die Fähigkeit zu kommunizieren, Gespräche zu steuern, mehr oder weniger streitige Verhandlungen zu führen oder zu schlichten (inkl. der Mediation), mit Kollegen und Parteien zu kooperieren und Mitarbeiter anzuleiten oder zu führen.

Lehrveranstaltungen zu Schlüsselqualifikationen i.e.S. werden von den juristischen Fakultäten in höchst unterschiedlichem Umfang angeboten und für die Staatsprüfung gefordert<sup>25</sup>. Dabei ist zu berücksichtigen, dass solche sog. „soft skills“ neuer, betreuungintensiver Veranstaltungsformen bedarf und dafür zugleich neue Kompetenzen auf Seiten der Lehrenden erforderlich sind. Ob Moot Courts, Planspiele, Seminare zur Vernehmungstechnik - stets sind die aktive

---

<sup>25</sup> An der J. W. Goethe-Universität in Frankfurt a.M. hängt die Zulassung zur Schwerpunktbereichsprüfung u.a. von dem Nachweis von Schlüsselqualifikationen i.e.S. ab, der die regelmäßige Teilnahme an entsprechenden Veranstaltungen über insgesamt 4 Semesterwochenstunden (SWS) voraussetzt, wobei der geforderte Nachweis auch an politikwissenschaftlichen, soziologischen, philosophischen, historischen oder wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen erbracht werden kann (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 lit. d Hess. JAG i.V.m. § 16 der Studienordnung).

Beteiligung der Studierenden und individuelle Rückmeldungen der Lehrenden gefragt. Solche Lehrveranstaltungen sind personalintensiv und erfordern eine Begrenzung der Teilnehmerzahl sowie eine Teilnahmekontrolle (zuma für den Leistungsnachweis i.d.R. nicht mehr als die Teilnahme verlangt wird).

Um einen Eindruck von der Bedeutung dieses Teils der Reform für die juristischen Fachbereiche zu gewinnen, sei nur das Beispiel der J.W. Goethe-Universität Frankfurt angeführt: Pro Semester müssen hier ca. 350 Studierenden der Rechtswissenschaft je 2 Lehrveranstaltungen in Schlüsselqualifikationen à 2 Wochenstunden angeboten werden, um dem gesetzlichen Ausbildungsauftrag gerecht zu werden. Der juristische Fachbereich hat 2005 eigens ein Zentrum für Schlüsselqualifikationen gegründet, das sich ausschließlich dieser Aufgabe (und der Vermittlung fremdsprachiger Rechtskenntnisse) widmet. Obwohl binnen kurzer Zeit ein umfangreiches Lehrangebot<sup>26</sup> neu zusammengestellt wurde und dafür hoch qualifizierte, praxiserfahrene Lehrbeauftragte gewonnen werden konnten, kann noch immer nicht jeder/m Studierenden ein Platz in einer zum Experimentieren einladenden, übungsintensiven Kleingruppenveranstaltung geboten werden. Die juristischen Fachbereiche einiger Universitäten bieten solche in-

---

<sup>26</sup> Ein Überblick über das Angebot befindet sich auf der Homepage des Zentrums für Schlüsselqualifikationen: [http://www.jura.uni-frankfurt.de/w\\_inst/zentrum\\_sq/index.html](http://www.jura.uni-frankfurt.de/w_inst/zentrum_sq/index.html) (Stand April 2006).

tensiveren Veranstaltungsformen in größerem Umfang an; z.T. wurden dafür erhebliche finanzielle Mittel der Universität oder des Fachbereichs bereitgestellt. Andere Fachbereiche müssen sich, der Not gehorchend, mit einer „Grundversorgung“ begnügen und zählen z.B. auch IT-Kurse zu den Schlüsselqualifikationen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit in den nächsten Jahren die inhaltlichen und methodischen Anforderungen und auch die Frage der Leistungsnachweise durch Bundes- und Landesgesetzgeber, durch die Justizprüfungsämter und die juristischen Fachbereiche der Universitäten ergänzt und geregelt werden.

#### IV. Rechtswissenschaftliche Fremdsprachenkompetenz

Die Einführung der rechtswissenschaftlichen Fremdsprachenkompetenz ist auf die zunehmende Internationalisierung und insbesondere die Europäisierung vieler Rechtsgebiete zurückzuführen.<sup>27</sup> Allerdings bildet die neue Gesetzgebung eine Tendenz ab, die bereits vor der Reform zu beobachten war. Fremdsprachige rechtswissenschaftliche Lehrveranstaltungen sind in manchen deutschen Universitäten bereits seit einigen Jahren im Lehrangebot.<sup>28</sup> In der Regel handelt es sich

dabei um Lehrveranstaltungen, die in die Grundlagen und Rechtsterminologie einer ausländischen Rechtsordnung einführen.<sup>29</sup> Hinter dieser Tatsache dürfte die Erkenntnis stehen, dass es nicht mehr ausreicht, allein eine Fremdsprache zu erlernen, sondern dass angehende Juristen zumindest mit den Fachtermini und Grundzügen einer ausländischen Rechtsordnung vertraut sein müssen, wenn sie auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig sein wollen.

Somit ist seit der Reform für die Meldung zur staatlichen Pflichtfachprüfung die Teilnahme an „einer erfolgreich besuchten fremdsprachigen rechtswissenschaftlichen Lehrveranstaltung oder einem erfolgreich besuchten rechtswissenschaftlich ausgerichteten Sprachkurs“<sup>30</sup> erforderlich. Als obligatorischer Teil des Studiums sollte diese Art von Veranstaltung in der Regel vor Aufnahme des Schwerpunktbereichsstudiums, jedenfalls vor der Meldung zur Schwerpunktbereichsprüfung bzw. der in diesem Rahmen zu schreibenden Hausarbeit besucht werden.<sup>31</sup>

---

boten werden (**Portugiesisch** gibt es in Trier, Passau und Berlin).

<sup>29</sup> Das Lehrangebot in Frankfurt in diesem Bereich umfasst zur Zeit Einführungen in das Recht **Brasiliens und Portugals** (in einer einzigen Vorlesung), Chinas, Frankreichs, Griechenlands, Großbritanniens, Italiens, Russlands, Spaniens, der Türkei und der U.S.A..

<sup>30</sup> § 9 Abs. 1 Nr. 2 e Hess. JAG.

<sup>31</sup> S. auch die Informationen zum Schwerpunktbereichsstudium des Fachbereichs Rechtswissenschaft an der J. W. Goethe-Universität in Frankfurt (dort Frage 7: „Muss ich erst die studienbegleitende Prüfungsleistungen der Schwerpunktbereichsprüfung

---

<sup>27</sup> So auch *Gilles/ Fischer* (FN 1), S. 707 und dort FN 12 mwN.

<sup>28</sup> Man betrachte allein das Angebot an den Juristischen Fakultäten der Universitäten Münster, Trier, Passau und Berlin, in denen seit einiger Zeit eine fremdsprachige rechtswissenschaftliche Zusatzausbildung zu verschiedenen Rechtsordnungen ange-

Dem Landesgesetzgeber ist nach § 5d Abs. 1 S. 1 (2. Halbs.) DRiG überlassen, darüber zu verfügen, ob Fremdsprachenkompetenzen zu den Inhalten der Schwerpunktbereichsprüfung oder der staatlichen Pflichtfachprüfung gehören sollen. In Hessen soll das nur für die Schwerpunktbereichsprüfung – und also nicht für die staatliche Pflichtfachprüfung – gelten.<sup>32</sup> Andererseits hat hier der Landesgesetzgeber bestimmt<sup>33</sup>, dass der Leistungsnachweis in diesem Bereich anderweitig erbracht werden kann, soweit nachgewiesen wird, dass „eine erfolgreiche Beschäftigung mit rechtswissenschaftlichen Gegenständen in einer fremden Sprache stattgefunden hat“. Diese Voraussetzung wird vor allem durch rechtswissenschaftliche Lehrveranstaltungen im Rahmen eines Auslandsstudiums (außerhalb des deutschen Sprachraumes) erfüllt; herkömmliche Sprachkurse, die keine rechtswissenschaftlich ausgerichteten Sprachkurse im Sinne der Gesetzgebung sind, oder urlaubsbedingte Auslandsaufenthalte können dabei natürlich nicht berücksichtigt werden.

## V. Die Anwaltsorientierung der Ausbildung

---

erworben haben, bevor ich die Wissenschaftliche Hausarbeit schreiben darf?“) unter folgender Internetadresse: [www.jura.uni-frankfurt.de/Pruefungsamt/schwerpunktpruefung/Info/index.html](http://www.jura.uni-frankfurt.de/Pruefungsamt/schwerpunktpruefung/Info/index.html) (Stand 1.4.2006).

<sup>32</sup> S. § 7 und § 24 Abs. 3 Hess. JAG.

<sup>33</sup> Diese Möglichkeit wird dem Landesgesetzgeber im Bundesrecht (§ 5 a Abs. 2 S. 2 (2. Halbs.) DRiG) eingeräumt.

Absicht der Reform ist es auch, eine „Anwaltsorientierung“ des Studiums einzuführen. Weil die Mehrheit der Absolventen den Anwaltsberuf ergreift<sup>34</sup>, soll die Ausbildung inhaltlich verstärkt an dem „Berufsbild“ des Rechtsanwalts orientiert sein, „anwaltschaftliches Denken und anwaltschaftliche Arbeitsmethoden“ einschließlich der dazu gehörigen Schlüsselqualifikationen sollen bereits in der universitären Ausbildung mit umfasst sein.<sup>35</sup> Angestrebt ist eine Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt.<sup>36</sup> Entsprechend bestimmt § 5a Abs. 3 S. DRiG, dass die Inhalte des Studiums neben der rechtsprechenden und verwaltenden auch die rechtsberatende Praxis berücksichtigen müssen, welche nach § 5d Abs. 1 S. 1 DRiG auch prüfungsrelevant ist.

Allerdings fragt es sich, wie dies praktisch durchzuführen ist.<sup>37</sup> Sicher ist es dafür wichtig und wünschenswert, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte als Dozierende für die Fakultäten zu gewinnen.<sup>38</sup> Dabei ist an eine Einführung der „anwaltschaftlichen Sicht“ für das gesamte Studium und weniger an gesonderte, dem Anwaltsrecht gewidmete Lehrveranstaltungen zu denken.<sup>39</sup> So können z.B. im Rahmen der allge-

---

<sup>34</sup> *Gilles/Fischer* (FN 1), S. 707; nach *Kilger*, NJW 2003, 711-716, 711, sind es „rund 75%“.

<sup>35</sup> *Ellke*, JA 2004, S. 260-262, 260. Dass dies bisher nicht der Fall sein soll, wundert *Windel*, JURA 2003, S. 79-82, 80 und dort FN 4.

<sup>36</sup> *Burgi*, NJW 2003, 2.804-2.805, 2.804.

<sup>37</sup> Weswegen einige die Regelung für eine angemessene Anwaltsorientierung für unzureichend halten *Kilger*, AnwBl 2003, 559-560, 559.

<sup>38</sup> *Koch* AnwBl 2003, S. 561-563.

<sup>39</sup> *Hommelhoff/Teichmann* (FN 1), S. 840

meinen juristischen Arbeitsmethoden die Unterschiede in der richterlichen und anwaltlichen Arbeitsweise dargestellt werden; oder Strafrechtsfälle und strafprozessuale Inhalte können aus der Sicht der Strafverteidigung dargestellt werden.<sup>40</sup> Eine offene Frage in diesem Zusammenhang bleibt allerdings, inwieweit erfahrene und qualifizierte Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte für eine solche Lehrtätigkeit gewonnen werden können.

Konkreter könnte die Anwaltsorientierung im Rahmen des Vorbereitungsdiensts ausfallen, denn die Ausbildung beim Anwalt dauert jetzt nicht mehr drei, sondern neun Monate. Paradoxerweise wird dies aber von den Anwaltskammern, die nunmehr für ein Drittel der praktischen Ausbildung aller Kandidaten verantwortlich sein sollen (selbst wenn nicht Alle später den Anwaltsberuf wählen) kritisch gesehen.<sup>41</sup> Allerdings hatte man noch vor dem Inkrafttreten der Reform – gerade auf Anregung der Rechtsanwaltschaft – in Erwägung gezogen, eine einstufige praxisorientierte Juristenausbildung einzuführen, ein Vorschlag, der später nicht zuletzt aufgrund heftiger Kritik aufgegeben wurde.<sup>42</sup>

---

<sup>40</sup> Diese und andere Vorschläge stammen von *Koch* (FN 38), S. 563. Beispiele sind von *Kessler* (FN 6), S. 715 mwN.

<sup>41</sup> So *Kilger* (FN 37), S. 559: „[N]eun Monate praktische Ausbildungszeit sind eine unverhältnismäßig hohe Belastung.“ Er spricht sich vielmehr für die Einführung einer sog. Anwaltsausbildung mit eigenem Zertifikat aus (S. 559-560).

<sup>42</sup> *Gilles/Fischer* (FN 1), S. 707. Zum Modell des deutschen Ausbildungssystems im Zusammenhang

## VI. Bilanz

Die Reform ist insgesamt willkommen zu heißen. So bringt die Herausarbeitung der Spezialisierungsgebiete der Schwerpunktbereiche mit sich, dass verschiedene juristische Fakultäten die unterschiedlichsten Schwerpunktbereiche anbieten und dies zu einer Bereicherung für die Wissenschaft führt.<sup>43</sup> Hinzu kommt, dass sich inhaltlich unterschiedliche Exzellenzzentren bilden dürften und einzelne Universitäten ihr Angebot fokussieren werden.

Auch die Entzerrung des „alten“ Ersten Staatsexamens ist angebracht, bietet die neue Schwerpunktbereichsprüfung doch die Möglichkeit, bereits studienbegleitend notenrelevante Leistungen zu erbringen, anstelle der für viele Studierende schwierigen Bewältigung der Materienfülle zu einem einzigen Zeitpunkt.<sup>44</sup> Dabei sollte auch bedacht werden, dass die Studierenden mehr für universitäre Klausuren lernen werden, was sie

---

mit der Bachelor-Master-Bologna-Debatte s. Merk (FN 15); die Nichteinführung des Bachelor-Master-Modells willkommen heißend *Burgi*, NJW 2003, 2.804-2.805, 2.804. Ferner zur Forderung einer „europäischen“ Ausrichtung des deutschen Studiums im Rahmen der Diskussionen vor der Reform vgl. *Stobbe*, AnwBl 2001, 136-140, 139.

<sup>43</sup> So ausdrücklich *Schöbel* (FN3), S. 848; s. auch *Hommelhoff/Teichmann* (FN 1), S. 840 und *Burgi* (FN 36), S. 2804. Anders *Windel* (FN 35), S. 80, der eine „Scheinspezialisierung“ befürchtet.

<sup>44</sup> Zum Problem des Betrugs im Rahmen der Hausarbeit im Schwerpunktbereich vgl. *Hommelhoff/Teichmann* FN, S. dort FN 30.

zu besseren Examenskandidaten machen dürfte.

Zeitgemäß und praxisorientiert ist auch die Berücksichtigung der juristischen Schlüsselqualifikationen sowie der rechtswissenschaftlichen Sprachkompetenzen und die stärkere Ausrichtung am Anwaltsberuf. Längst lässt sich die weitaus größte Zahl der Volljuristen als Rechtsanwälte nieder, teils aus Überzeugung, teils aus Mangel an Alternativen<sup>45</sup>. Umso wichtiger ist es, die Ausrichtung auf den Anwaltsberuf bereits in das Studium einzubeziehen und auch im Referendariat - wie geschehen - zu verstärken. Und angesichts der noch immer steigenden Anwaltsdichte in Deutschland<sup>46</sup> dürfte neben der - von der juristisch unerfahrenen sog. Naturalparteien oft kaum zu beurteilenden - juristischen Qualifikation in besonderem Maße auf Schlüsselqualifikationen ankommen, um am Markt bestehen zu können. Auch die Einführung des Fremdsprachennachweises stellt für den späteren Zugang zum Beruf einen erheblichen Vorteil dar, auch wenn sie zunächst das Studium schwieriger macht<sup>47</sup>. Insbesondere die Möglichkeit, den erforderlichen Leistungsnachweis im Ausland zu erwerben, wird sicherlich den Aus-

tausch zwischen den juristischen Fakultäten vor allem in Europa fördern.<sup>48</sup>

Allerdings sind die Änderungen in vielen Hinsichten problematisch, nicht nur im Hinblick auf die Kosten ihrer Umsetzung. So wird sich noch weisen müssen, ob die angestrebte frühzeitige Berufsorientierung im Studium tatsächlich zielführend ist. Denn viele Studierende sind im 5. oder 6. Semester nicht in der Lage einzuschätzen, welches Berufsfeld sie später tatsächlich verfolgen wollen.

Vor allem aber bringt die Reform für die juristischen Fachbereiche der Universitäten einen erheblichen personellen und finanziellen Aufwand mit sich. So bereiten die Schwerpunktbereichsprüfung und die in deren Rahmen zu korrigierenden Klausuren und sonstigen Prüfungen den Lehrenden zusätzliche Arbeit. Auch die Ersetzung der im Rahmen des Staatsexamens zu leistenden Hausarbeit durch die universitäre Hausarbeit wird für die Universitäten eine große personelle und damit zugleich finanzielle Belastung darstellen. Außerdem müssen die Universitäten mehr Lehrpersonal beispielsweise für die Bereiche der juristischen Schlüsselqualifikationen und fremdsprachigen Rechtskenntnisse zur Verfügung stellen, da diese kaum im geforderten Umfang von ordentlichen Professoren des Fachbereichs angeboten werden können und ihre Lehrkapazitäten dies zeitlich auch nicht zulassen.

---

<sup>45</sup> Nach Angaben der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main beantragten 2004 über 80% der Absolventen des 2. Staatsexamens eine Anwaltszulassung (Kammer Aktuell - Mitteilungen der RAK Frankfurt am Main 04/05 S. 20f.).

<sup>46</sup> Am 1.1.2005 waren in Deutschland 132.569 Rechtsanwälte zugelassen (4,56 % mehr als im Vorjahr 2004); Kammer Aktuell Frankfurt am Main 2/05 S. 8.

<sup>47</sup> Anders *Windel* (FN), S. 81-82, der diesen Bereich für überflüssig hält.

---

<sup>48</sup> Ähnlich auch *Kessler* (FN 36), S. 713.

Die stärkere Ausrichtung am Anwaltsberuf lässt sich wohl nur über die Einbindung hoch qualifizierter und erfahrener Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte in die Lehre erreichen, dürfte es doch den Professoren und Privatdozenten zumeist an der entsprechenden Berufspraxis fehlen. Die Mittel, um solchen Praktikern den Einkommensausfall während der Lehrtätigkeit zu ersetzen, fehlen ebenfalls, so dass die Fachbereiche darauf angewiesen sind, die Unterstützung der Anwaltskammern zu erbitten oder eine große Zahl von Anwält/innen zu finden, die eine solche Lehrtätigkeit unentgeltlich übernehmen. Das ist allerdings auch deswegen nicht einfach, weil das Ausbildungsengagement der Anwaltschaft bereits im Rahmen des reformierten Referendariats heute weitaus stärker beansprucht wird als früher.

Angesichts der teilweise unzulänglichen Rahmenbedingungen der Reform wird es spannend sein zu beobachten, wie sich die Universitäten den Herausforderungen des neu ausgerichteten Jurastudiums stellen. Nicht zuletzt das Engagement und die Kreativität der juristischen Fachbereiche auf den Gebieten der Berufsorientierung, der Schlüsselqualifikationen und der fremdsprachigen Rechtskenntnisse werden mit entscheidend sein für ihr künftiges Profil auf dem Ausbildungsmarkt.\

### **Nachruf: Professor Miguel Reale gestorben**

**Prof. Prof. h.c. Dr. Wolf Paul, Frankfurt**

---

Am Karfreitag, in der Nacht vom 13. auf den 14. April 2006, erlag

Miguel Reale in seinem Hause am Jardim Paulistano zu São Paulo ei-

nem Herzinfarkt. Er starb im 95. Lebensjahr. Die internationale Gemeinschaft der Rechtsphilosophen verliert mit ihm den letzten bedeutenden Repräsentanten ihrer Zunft aus den Reihen der älteren Generation romanischer Rechtsdenker, der Namen wie Luís Recaséns-Siches, Giorgio Del Vecchio und Luís Legaz y Lacambra zugehören.

Miguel Reale, Sohn italienischer Einwanderer nach Brasilien, wurde am 6. November 1910 in São Bento do Sapucaí, einem Städtchen im Inneren des Landes, geboren, studierte ab 1930 an der Rechtsfakultät von São Paulo, lehrte dort sein Leben lang, wurde zweimal Rektor der Landesuniversität, war zweimal Justizminister des Staates São Paulo, war Rechtsberater mehrerer Regierungen, Autor eines umfangreichen rechtsphilosophischen wie rechtspolitischen Werkes, Mitglied der brasilianischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Obwohl in den universellen Kategorien der europäischen Philosophie denkend und schreibend, verstand sich Reale immer als nationaler Brasilianer mit der Mission, rechtsphilosophisches Denken in Brasilien heimisch werden zu lassen und einer spezifisch brasilianischen Rechtsphilosophie Ausdruck zu verschaffen.

Er gründete das Instituto Brasileira de Filosofia und gab die Revista Brasileira de Filosofia heraus, die dreimal jährlich erscheint und inzwischen in 240 Heften vorliegt. In regelmäßigen Abständen organisierte er an den Universitätsstädten des

Landes akademische Tagungen, die unter Beteiligung von Rechtsphilosophen lateinamerikanischer Länder und aus Europa der brasilianischen Rechtsphilosophie ein lebendiges Forum verschafften. Das publizierte Werk von Miguel Reale umfasst Lehrbücher, Monographien und Aufsatzsammlungen in den Schwerpunktbereichen Rechtsphilosophie, Allgemeine Rechtslehre, Staatstheorie, Rechtsgeschichte und Rechtspolitik. Im Mittelpunkt steht die Rezeption der europäischen Philosophie und insbesondere die der deutschen Philosophie seit Kant sowie die hermeneutische Aufarbeitung und Integration der kulturalistischen Traditionen des brasilianischen Rechtsdenkens seit Tobias Barreto und der Rechtsschule von Recife.

Die bekanntesten und ins Italienische, Spanische oder Französische übersetzten Werke sind: Grundlagen des Rechts, 1940 (2.A. 1972); Theorie des Rechts und des Staates, 1940 (2.A. 1984); Rechtsphilosophie, 1953 (20.A. 2002); Dreidimensionale Rechtstheorie, 1968 (4.A. 1986); Erfahrung und Kultur, 1973 (frz.1990); Horizonte des Rechts und der Geschichte, 1956 (2.A. 1977); Theorie und Praxis des Rechts, 1984; Anwendungen der Verfassung von 1988, 1990.

Der Philosoph Miguel Reale hat zeit seines Lebens die politischen Geschehnisse seines Landes nicht nur engagiert kommentiert, sondern aktiv mitgestaltet. Er war Zeitzeuge zweier Diktaturen und eines sechsmaligen Verfassungswandels. Als

Rechtsberater der wechselnden Regierungen und berufenes Mitglied von Verfassungsreformkommissionen hat er auf fast jedes wichtige legislative Vorhaben der jüngsten Rechtsgeschichte Brasiliens Einfluss genommen. Dazu gehören die die Institutionellen Akte der Militärdiktatur abmildernde Verfassungsreform von 1969 sowie die große demokratische Verfassungsreform von 1988. Ferner ist es seiner Energie und Initiative zu verdanken, dass der seit 20 Jahren

im parlamentarischen Verfahren verweilende Entwurf eines neuen Zivilgesetzbuches am 10. Januar 2002 Gesetz werden konnte ( Lei n°. 10.406).

Mit Miguel Reale verliert Brasilien seinen markantesten Vertreter in der Welt der internationalen Rechtsphilosophie.\

---

## Neues Schrifttum zum brasilianischen Recht

Andreas Grünewald\*

---

Baiocchi, Enzo

*Die Bekämpfung von Marken- und Produktpiraterie in Brasilien unter besonderer Berücksichtigung der Softwarepiraterie*

In: GRURInt 2005

Seiten 876 - 886

Dagnese, Natoleão; Ayub, Carlos Eduardo

*Besonderheiten der brasilianischen Verrechnungspreispraxis*

In: IWB 2005

Seiten 295 – 308

Franz, Martin

*Die Durchsetzung von Immaterialgüterrechten in Argentinien, Brasilien und Mexiko*

*Eine Untersuchung vor dem Hintergrund des TRIPS-Übereinkommens*

Nomos, Baden-Baden 2005

349 Seiten

---

\* Andreas Grünewald ist Rechtsreferendar am HansOLG, Hamburg.

---

Gambogi Carvalho, Ana Paula  
*Verbraucherverträge im Internet*  
*Rechtsvergleichende Studie zum*  
*deutschen und brasilianischen*  
*Recht*  
Nomos, Baden-Baden 2005  
429 Seiten

Reithmann, Ulrich  
*Welthandelsrecht und europäische*  
*Agrarpolitik - Das Verfahren "EC-*  
*Sugar Subsidies"*  
In: ZEuS 2006  
Seiten 100 – 133

Gregory, Denise; Berardinelli Arra-  
es de Oliveira, Maria Fátima  
*Direktinvestitionen in Brasilien:*  
*neue Rahmenbedingungen für das*  
*Auslandskapital*  
Rio de Janeiro, Fundação Konrad  
Adenauer, 2005  
Europa América Latina: Analysen  
und Berichte Nr. 18

Sarlet, Ingo Wolfgang  
*Rechtsschutz und Soziale Rechte in*  
*Südamerika - ein Überblick anhand*  
*einiger Beispiele*  
In: ZIAS 2005  
Seiten 217 - 262\\

Keller, Markus; Cabus Klötzle,  
Marcelo  
*Corporate Governance im Länder-*  
*vergleich Deutschland-Brasilien*  
*Hintergründe und Auswirkungen*  
*der Unternehmensfinanzierung auf*  
*kapitalmarktbasierende Kontrollme-*  
*chanismen*  
In: Schweickart, Nikolaus (Hrsg.)  
*Lateinamerika-Management: Kon-*  
*zepte - Prozesse - Erfahrungen.*  
Gabler [u.a.], Wiesbaden 2004  
Seiten 179-206

Oliveira Rodrigues, Itiberê de  
*Gesetzmäßigkeit der Verwaltung*  
*Rechtsdogmatische Grundlagen des*  
*Vorrangs und Vorbehalts des Ge-*  
*setzes im deutschen und brasiliani-*  
*schen Recht*  
Münster, (Univ. Diss. 2002), 2005  
179 Seiten